

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 3.50 Mk. pro Quartal. Unter Abdruck: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingereicht in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1894 unter Nr. 4919.

Insertions-Gebühr beträgt für die längste Zeile 20 Pf. für die erste Zeile 10 Pf. für die zweite Zeile 8 Pf. für die dritte Zeile 6 Pf. für die vierte Zeile 4 Pf. für die fünfte Zeile 3 Pf. für die sechste Zeile 2 Pf. für die siebente Zeile 1 Pf. für die achte Zeile 1 Pf. für die neunte Zeile 1 Pf. für die zehnte Zeile 1 Pf. für die elfte Zeile 1 Pf. für die zwölfte Zeile 1 Pf. für die dreizehnte Zeile 1 Pf. für die vierzehnte Zeile 1 Pf. für die fünfzehnte Zeile 1 Pf. für die sechzehnte Zeile 1 Pf. für die siebzehnte Zeile 1 Pf. für die achtzehnte Zeile 1 Pf. für die neunzehnte Zeile 1 Pf. für die zwanzigste Zeile 1 Pf. für die einundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die vierundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die achtundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die neunundzwanzigste Zeile 1 Pf. für die dreißigste Zeile 1 Pf. für die einunddreißigste Zeile 1 Pf. für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf. für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf. für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf. für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf. für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf. für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf. für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf. für die neununddreißigste Zeile 1 Pf. für die vierzigste Zeile 1 Pf. für die einundvierzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundvierzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundvierzigste Zeile 1 Pf. für die vierundvierzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundvierzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundvierzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundvierzigste Zeile 1 Pf. für die achtundvierzigste Zeile 1 Pf. für die neunundvierzigste Zeile 1 Pf. für die fünfzigste Zeile 1 Pf. für die einundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die vierundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die achtundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die neunundfünfzigste Zeile 1 Pf. für die sechzigste Zeile 1 Pf. für die einundsechzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf. für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf. für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf. für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf. für die siebenzigste Zeile 1 Pf. für die einundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die vierundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die achtundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die neunundsiebzigste Zeile 1 Pf. für die achtzigste Zeile 1 Pf. für die einundachtzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundachtzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundachtzigste Zeile 1 Pf. für die vierundachtzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundachtzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundachtzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundachtzigste Zeile 1 Pf. für die achtundachtzigste Zeile 1 Pf. für die neunundachtzigste Zeile 1 Pf. für die neunzigste Zeile 1 Pf. für die einundneunzigste Zeile 1 Pf. für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf. für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf. für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf. für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf. für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf. für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf. für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf. für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf. für die hundertste Zeile 1 Pf.

Verantwortlicher: Ant. F. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Donnerstag, den 15. März 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Handelsvertrag und die Aufgaben der sozialdemokratischen Partei.

Aus dem Kreise der Parteigenossen gehen uns die folgenden Betrachtungen zu:

Wiederholt ist an dieser Stelle der deutsch-russische Handelsvertrag Gegenstand eingehender Betrachtungen gewesen und namentlich ist hingewiesen worden auf den Hauptgrund, der unsere Genossen in der Fraktion bestimmt, die Entscheidung zu Gunsten des Handelsvertrages zu lenken, nämlich die Verbilligung des Brotkornes und die daraus zu erwartende wenn auch nicht erhebliche positive Besserung in der Lebenshaltung weitester Kreise unseres Volkes. Aber dies ist nicht die einzige sozialpolitische Folge, die dieser Akt nach sich ziehen wird, und wir wollen daher versuchen, noch einige andere, die uns wichtig erscheinen, und die in naher Zeit dringende und schwere Aufgaben an die Partei stellen werden, zu beleuchten. Mandates entnehmen wir einem Leitartikel, den Professor von Schulze-Gaevernis in Nr. 23 des „Sozialpolitischen Zentralblatts“ veröffentlicht hat.

Die deutsche Exportindustrie wird durch die Wiedererschließung des bedeutenden russischen Marktes einen starken Ansporn zu weiterer Entfaltung erhalten, die unmittelbar auch das Streben nach technischem Fortschritt im Produktionsprozeß erhöhen wird. Dieser technische Fortschritt besteht in zweierlei: in Konzentration der Betriebe und fortschreitender Anwendung und Verbesserung von Maschinen. Nach unserer wissenschaftlichen Erkenntnis bilden aber diese beiden Vorgänge die Voraussetzung der wirtschaftlichen und sozialen Emporentwicklung der arbeitenden Klassen, indem nämlich erst der Großbetrieb eine thätigkeitsreiche Arbeiterklasse hervorbringt. Ein Aufschwung der Lohnverhältnisse aber ist der beste Bundesgenosse der Organisationen, die sich in solchen Zeiten stets zu kräftigen pflegen.

Die sozialpolitischen Folgen würden also für die industriellen Arbeiter zunächst wahrscheinlich wesentlich günstig sein.

Auf die agraren Verhältnisse würde der Vertrag insofern einwirken, als er eine Stärkung des bäuerlichen Elements gegenüber der Grundherrschaft veranlassen würde, meint Prof. v. Schulze: denn der Aufschwung der Industrie bewirkt eine vermehrte Nachfrage gerade nach jenen Produkten, welche die bäuerliche Wirtschaft hervorzubringen pflegt. Wir wollen darauf nicht weiter eingehen, da es für uns weniger Bedeutung hat und vielmehr betrachten, wie sich die Neuerungen zu den Interessen des Großgrundbesitzes (und zwar des östlichen, der hier zunächst allein in Frage kommt) verhalten werden.

Wahrscheinlich ist, daß der industrielle Aufschwung sich sehr bald zeigen wird, da die Fabrikanten sich schnell auf einen neuen Markt zu stürzen pflegen und einander den Rang

abzulaufen suchen; ein Ausblühen der Industrie, sei es auch nur von kurzer Dauer — und von kurzer Dauer wird es in diesem Fall voraussichtlich sein —, hat aber stets eine verstärkte Wanderung der arbeitenden Bevölkerung von Osten nach Westen zur Folge. Der Mangel an südlichen Arbeitern im Osten Deutschlands wird demnach voraussichtlich bedeutend empfindlicher werden, zumal auch diejenigen westlichen Landarbeiter erfehrt werden müssen, die sich ihrerseits der Industrie zuwenden werden. Da die Agrarier aber das einzige Mittel, die deutschen Arbeiter an ihre Besitzungen zu knüpfen, nämlich höhere Lohnzahlung und Gewährung besserer Lebensbedingungen, nach der Herabsetzung der Lebensmittelpreise unter Hinweis auf den verminderten Ertrag in noch geringerem Maße als bisher anwenden werden, so werden sie sich genötigt sehen, in immer größeren Mengen slavische Arbeiter aus Rußland heranzuziehen. Und das wird ihnen um so leichter, als der strenge Abschluß der deutschen Grenze gegen russische Arbeiter gänzlich fällt. Diese Einwanderung oder Heranziehung von billigen, lohnbrückenden Arbeitskräften verstärkt aber noch mehr die erwähnte Tendenz der deutschen Arbeiter jener Gegenden, sich den Industriebezirken oder den Rußländern jenseits der Elbe zuzuwenden. Wir werden also eine relative und absolute Vermehrung des Slaventhums und eine dementsprechende relative und absolute Abnahme des Deutschthums im Osten unseres Landes zu erwarten haben.

Welche Aufgaben ergeben sich nun für die sozialdemokratische Partei Deutschlands?

Zunächst müssen alle die aus dem Osten der Industrie zuströmenden deutschen Arbeiter sofort in die festen Kadres unserer Organisation aufgenommen werden, denen sie bisher wohl zum größten Theile fern standen. Sodann ist aber das Bestreben unserer polnischen Genossen energisch zu unterstützen, die ihrerseits die Organisation unter den einwandernden Landarbeitern mit verstärktem Eifer aufzunehmen haben werden. Die ange deuteten Veränderungen in der Struktur unserer Bevölkerung müssen unbedingt im weitesten Maße für unsere Partei ausgenutzt werden, was bei den großen Hilfsmitteln, die uns zu Gebote stehen oder die wir noch aufbieten können, sicherlich auch gelingen wird.

Aber die Agitation und Belehrung muß auch ganz besonders eindringlich und sorgfältig betrieben werden, denn wir wollen nicht versäumen, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß dem zu erwartenden Aufschwung unserer Industrie eine schwere Krisis bald mit Sicherheit nachfolgen wird. Diese Zeit der wirtschaftlichen Depression wird voraussichtlich die heutige an Schwere bedeutend übersteifen und die stärksten Anforderungen an die Ueberzeugungstreue des Einzelnen und an die Leistungsfähigkeit der Organisationen stellen.

Darum also auf zu energischer und zielbewusster Thätigkeit! Das sei der Ruf, mit dem wir den deutsch-russischen Handelsvertrag begrüßen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Elf Jahre waren es heute, seitdem Karl Marx, der größte Lehrer der sozialistischen Parteien des Erdensundes, die Augen für immer geschlossen hat. Hat er auch sein Hauptwerk nicht vollendet, so konnte er sicher sein, daß sein ebenbürtiger Kampfgenosse Friedrich Engels sein wissenschaftliches Testament dem Proletariate zugänglich machen werde. Sein politisches Testament hat die eifrigsten Testamentsvollstrecker in der Klassenbewussten Arbeiterschaft gefunden. Einig und zielbewußt geht die Arbeiterklasse den von Karl Marx vorgezeichneten Weg. Jedes Jahr, das nach seinem Tode verfloßen ist, sind die Arbeiter weiter fortgeschritten, immer mehr nähern sie sich dem Ziele und zeigen sich so würdig eines so gewaltigen Pfadfinders, wie es Karl Marx war.

In seiner heutigen Sitzung erlebte der Reichstag zunächst den Rest der zweiten Lesung des Etats. Die Langeweile der Beratungen wurde dreimal unterbrochen. Das erste Mal durch den sozialdemokratischen Antrag, die Empfänger der Schnaps-Liebesgabe namhaft zu machen, und die Namen mit den empfangenen Summen zu veröffentlichen. Dieser Antrag, der von Schoenlant begründet ward, wirkte auf die Herren Agrarier wie Muskat auf einen von Salontulur unbedeckten Hoshund. Sie schnitten die fürchterlichsten Grimassen und wurden erst dann einigermaßen beruhigt, als der Herr Staatssekretär der Finanzen gnädig erklärte, die Regierung werde für eine solche „schwarze Liste“ oder „Proskriptionsliste“ nicht zu haben sein.

Von der Entrüstung des Herrn Regierungsvertreters über „schwarze Listen“ und „Proskriptionslisten“ nahm der sozialdemokratische Redner gebührend Akt und sprach sein Bedauern aus, daß diese Entrüstung sich nicht auch äußere, wo es gelte, Arbeiter zu schützen.

Dann gab es einen erheitenden Sturm im Glase Wasser, als Singer unseren ablehnenden Standpunkt in der Frage des Kaiser Wilhelm-Denkmal darlegte. Herr v. Bennigsen entdeckte bei dieser Gelegenheit, daß die Sozialdemokratie nicht monarchisch sei. Und wenn seinem naiven Erstaunen einige Tröpflein demunziatorischen Oels beigemischt waren, so that das der Komik der Szene (siehe unten) keinen Abbruch.

Der dritte Zwischenfall wurde durch die Abstimmung über den Koiso Falle herbeigeführt. Die erste — vom vorigen Freitag — war, wie man sich erinnern wird, nicht gültig gewesen, weil sich bei dem Hammersprung die Beschlußunfähigkeit des Reichstags herausstellte. Infolge dessen war eine zweite Abstimmung nothwendig geworden. Ueber dieser schwebte nun wieder ein Unstern. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung begegnete formalen Bedenken; nachdem das erste Mal die Abstimmung keine namentliche gewesen, könne sie auch das zweite Mal nicht eine namentliche sein, — das verstoße gegen die Geschäftsordnung.

Die Explosion läßt die Beiden zurückspringen, dabei entfällt den vor Kälte steifen Händen Atschins die Flasche.

In demselben Augenblick erschüttert eine fürchterliche Detonation die Luft. Die Erde ist aufgewühlt, Gebüsche wanken, Steine fliegen umher. . . Und da ist ein Plätern und Kreischen und Schreien der Vögel, die aus dem Verstecke so fürchtbarer Gewalten sich retten wollen.

Aber Diejenigen, die davon grausam getroffen waren, sind lautlos zu Boden gesunken, Beide tödtlich verwundet. Lazar ist nach rückwärts gegen den Bach gesunken, die rechte Hand ruht im Wasser und die kleinen Wellchen berühren sie schmeichelnd.

Er kommt zu sich und öffnet die Augen. . . er kann denken und athmen. . . aber sein Bein ist verstimmt.

Auf den Armen versucht er sich zu erheben und nach dem Freunde zu blicken.

Starr vor Entsetzen bleiben seine Augen auf ihn gefest. Beide Beine sind ihm buchstäblich zerseht, fast vom Leibe gerissen. . . ein grauenhafter Anblick. Er sucht sich ihm zu nähern, aber ein weiterer Blick belehrt ihn, daß er hier nichts vermöge.

„Atschin — mein Bruder“, stammelt er, vergehend in Mitleid und Schmerz.

Atschin hebt mühsam die Lider und sieht ihn an.

„Muth, Bruder!“ ruft Lazar ihm zu, „ich kann mich bewegen — ich schaffe Dir Hilfe — sie sollen Dich nicht finden!“

Ein Blick des Einverständnisses bricht wie ein Blitz aus diesen sich verdunkelnden Augen, und wie ein sterbender Feldherr seine Kräfte zusammenrafft zu einem letzten Kommandowort, sagt er: „Vertilgt alle Spuren —“ Er schließt die Augen und wird bewußtlos.

Lazar zögert nur einen Augenblick. Wie Atschin er-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

67

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Sophias Vermuthungen waren richtig gewesen und bestätigten sich bis auf eine.

Die Männer, die sie im Morgenrauen da aufwärts schreiten gesehen, waren Atschin und Dobuloff gewesen, sie trugen den Explosionsstoff mit sich.

Daß Lazar laut ihren Namen gerufen hatte, war eine Täuschung, er hatte nur, als er am Hause vorbeiging, in all' der Intenstat seiner Sehnsucht ihrer gedacht.

Mit ruhigen, gleichmäßigen Schritten waren sie zwischen Wiesen und Weingärten dem Brückberg entgegen geschritten.

Es war noch ganz stille, kein Summen der Insekten, kein Vogelruf, nichts rührte sich.

Auch sie sprachen kein Wort.

Die Luft war kalt und feucht. Der Wiesenrain mit den darüber gelagerten Sommerfäden schimmerte wie Wasser, und die Kleider und die Haare der Männer und Alles, was aus dem Nebel hervortauchte, troff und glänzte vor Nässe: es war grade, als gingen sie im Wasser herum.

Atschin schauerte unter dieser Morgenfrische einmal zusammen.

Und dichter fiel der Nebel ein und wurde weißer und wallender, alle Gegenstände ringsum mit seinen langsam ziehenden Schleiern umhüllend.

Gegen Osten, wo jetzt die aufsteigende Sonne mit einem röthlichen Schimmer den Aether zu erleuchten begann, trieb dieser Spuk sein Spiel am tollsten. Da ballten

sich die Rebel immer phantastischer zusammen und ihre sich verdichtenden Massen schienen der Sonne den Durchbruch zu wehren. Majestätisch streben sie empor; es ist wie ein ungeheurer Leib, von weißen, flatternden Gewändern umhüllt, darauf ein mächtiger Kopf, auf dem plötzlich eine goldene Krone sich thürmt.

Und höher wächst das Gebilde und höher, es ragt bis in den Himmel hinein!

Aber siehe, nach unten zeigen sich klaffende Risse — da einer — dort einer — die Basis ist schon gelockert. . .

Die Strahlen des Lichts aber, die zuerst die Krone so schön vergoldet, beginnen das Phantom zu verzehren — das Haupt fällt in sich zusammen — der Leib wird machtvoll gegen die Erde gedrückt. — Tiefer und tiefer sinken die Nebel — es dauert nicht lange, so sind sie aufgelöst und dängen als befruchtender Thau die Erde.

Er weiß ganz gut, Unmenschlichen gegenüber, die Flinten tragen, heißt es vorsichtig sein und aufpassen. Er ist unter den Vögeln des Waldes als der Warner bekannt und geschätzt; auch er hat seinen Ehrgeiz so gut wie andere und will sein Renommee sich erhalten. Er bemerkt, daß sie etwas Glänzendes in ihren Händen halten, metallisch bligt es auf in der Sonne.

„Das ist ein Flintenlauf“, denkt er; für einen Heher kann es nichts anderes sein, und läh und kreischend stößt er den Warnungsruf aus.

„Rätsch-Räh-Räh!“ ertönt es im Rücken Atschins mit der Deutlichkeit einer Menschenstimme. Und ein Knall antwortet, einem Pistolenschuß gleich.

Die zuckende Hand Atschins hatte einen Tropfen des Sprengstoffes verschüttet, unglücklich Weise war er auf einen Stein gefallen und explodirte.

Kaum war diese Schwierigkeit an dem Wege geräumt, so tauchte eine viel ernsthaftere auf: es war vergessen worden, die Abstimmung auf die gedruckte Tagesordnung zu setzen. Der Präsident erklärte: Ich habe gestern, bei Festsetzung der Tagesordnung, diese Abstimmung erwähnt, und die mündliche Tagesordnung ist die maßgebende, nicht die gedruckte. Nachdem der Abg. Richter seinen Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen hatte, verwarf der Reichstag in beschlußfähigem Hammelsprung, den Aviso „Falle“ mit 157 gegen 127 Stimmen, also mit einer noch größeren Majorität als das erste Mal.

Die dritte Lesung des Gesetzes betr. den Identitätsnachweis, das angenommen wurde, verlief ohne nennenswerten Zwischenfall.

Morgen wird die dritte Lesung des Etats „durchgepeitscht“ — übermorgen die dritte Lesung des Handelsvertrags. Und dann Ferien.

Zusammensetzung des Reichstages und Preussischen Abgeordnetenhauses. Von Josef Kürschner, dem Herausgeber des kleinen Taschenbüchchens: „Der deutsche Reichstag“, das Porträts und biographische Notizen von sämtlichen Reichstagsmitgliedern bringt, ist jetzt in gleichem Format ein Handbuch über das Preussische Abgeordnetenhaus erschienen. In der Einleitung wird eine vergleichende Tabelle über die Verfassungsverhältnisse des Reichstages und Abgeordnetenhauses mitgeteilt. Es geht daraus hervor, daß dem Abgeordnetenhaus, das auf dem Dreiklassen-Wahlssystem beruht, seine Zusammensetzung einen weit bureaukratischeren Charakter aufträgt, als ihn der Reichstag trägt. Gutsbesitzer und Juristen überwiegen in beiden Häusern weitaus. Im Abgeordnetenhaus bilden sogar die Juristen die entschiedene Mehrheit, es sind 53 pCt., während im Reichstag nur 37,2 pCt. Juristen sind; Gutsbesitzer und Landwirthe zählt das Abgeordnetenhaus 40 pCt., der Reichstag 37 pCt., nächstben sind im Abgeordnetenhaus vertreten die Militärs mit 14 pCt., der Reichstag hat deren 9 pCt. Im Reichstag überwiegen dagegen die Schriftsteller mit 10 pCt. (Abgeordnetehaus 2 pCt.); die Bürgermeister und Gemeindevorstände mit 6 pCt. (Abg. 1 pCt.); die Geistlichen mit 7 pCt. (Abg. 3 pCt.); Kaufleute mit 7 pCt. (Abg. 8 pCt.). Die übrigen Mitglieder beider Häuser verzerren sich auf eine große Anzahl verschiedener Berufe. Arbeiter, von denen die Sozialdemokratie eine größere Zahl in den Reichstag geschickt hat, giebt es im Abgeordnetenhaus gar nicht. Also auch aus dieser Statistik geht klar hervor, daß das „elendeste und widersinnigste aller Wahlsysteme“ vielen von der Regierung mehr oder weniger abhängige Mandate verschafft, die bei einem besseren Wahlsystem unabhängigen Männern zugefallen wären.

Bei der Reichstags-Erfahrungswahl in Meseritz. Bismarck dürfte es zu einer Stichwahl zwischen Polen und Preussenskonservativen kommen.

Zementirte wird das Gerücht vom Rücktritt des Herrn v. Bötticher.

Herr v. Rosiewicz will in seinem früheren Wahlkreise wieder kandidiren.

Die Untergrabung des monarchischen Gefühls in Preußen wurde in den letzten Wochen und Tagen von den Konservativen und Antisemiten aufs gründlichste betrieben; wider ihren Willen helfen die Segner einer neuen Weltordnung dieselbe herbeizuführen.

Ein richtiger Rip van Winkle ist Herr v. Benning. Ja noch ein verbesserter, denn während das holländisch-amerikanische Original nur 7 Jahre lang schlief, hat die deutsche Kopie mehr als viermal sieben Jahre geschlafen. Als Singer heute anlässlich der Geldforderung für das Kaiser Wilhelm-Denkmal im Namen unserer Fraktion erklärte, daß wir Sozialdemokraten prinzipiell für keine Monarchen-Denkmal Geld bewilligen, schlug der ewige Zukunftsminister plötzlich die Augen auf, schaute entsetzt nach der linken, und stieß den Schreckensruf aus: „Die Sozialdemokratie ist nicht monarchisch! Wehe! Wehe! Das Volk wird die fürchterlichen Sünden nach Verdienst bestrafen!“

Lächelnden Mundes sagte Bebel dem erstaunten Rip van Winkle: Aber, daß wir nicht monarchisch sind, das weiß die Welt, seit sie Sozialdemokraten kennt — und das

kennt auch er die ganze Größe der Gefahr, die für alle Freunde und Enigirte heraufbeschworen würde, sobald dieser verunglückte Versuch bekannt würde.

Alschin mußte fortgebracht, die Freunde mußten benachrichtigt und alle Spuren verwischt werden, ehe die Polizei Wind bekam.

Er will all seine Kräfte daran setzen und sollte er bei dem Versuch zu Grunde gehen.

Mit den Händen sich anhaltend, mit den Armen sich stützend, klimmt er den Graben aufwärts. Er schleppt sich durch den Wald in seiner schweren Verwundung, mühsam, unter tausend Schmerzen.

Er ist von innerlicher Ungeduld verzehrt, und von Minute zu Minute steigert sich die heiße Angst, seine Kräfte könnten versagen.

Von Zeit zu Zeit hält er inne, er muß ruhen, er kann nicht mehr — stehend faltet er die Hände, nach Hilfe begehrend, und fürchtet doch nichts so sehr, als einem Menschen zu begegnen, der sich seiner erbarmte.

Und er rutschte weiter; nur mit den Händen hilft er sich vorwärts. Er verläßt den Wald und hat endlich die Straße erreicht, eine breite Wutspur zurücklassend.

Sie wird mich verrathen und ihn! — seufzt er. Er fühlt, wie er matter und matter wird und bleibt endlich liegen: Auch mit mir ist's zu Ende.

Im Petertobel aber schreien die Vögel noch immer aufgeregter durcheinander.

Was sich da ereignete, war etwas so Ungewöhnliches, sie können sich's gar nicht erklären.

Von den Zweigen einiger junger Buchen schauen sie mit ihren Augen, scharfen Augen herab, nach dem Mann, der da liegt.

Die jungen Männer, die diese Vision geschaut, begegneten sich in demselben Gedanken, sie lächelten Beide. Die Sonne ist hinter den bewaldeten Höhen emporgestiegen. Wie das Alles glänzt und glihert in der farbigen Pracht eines Sommermorgens.

Sie stehen am Rande des Waldes, in dem ein tausendjähliges Leben erwacht ist.

Sie treten unter die Bäume und gehen weglos im Walde weiter.

weiß namentlich auch das deutsche Volk, welches den Sozialdemokraten bei jeder Wahl „nach Verdienst“ mehr Stimmen giebt.

Rip van Winkle aber rieb sich die schlaftrunkenen Augen — und hat noch nicht begriffen.

Zum Kapitel des militärischen Ehrgefühls wird uns weiter folgende Mittheilung aus Dresden gemacht: Ein dortiger Kaufmann, Chef eines Engrosgechäfts und Besitzer verschiedener Grundstücke in und um Dresden, fuhr am 23. November v. J. auf der Pferdebahn in Dresden, auf der er mehrere Bekannte traf. Er ließ sich mit diesen in ein Gespräch ein und erzählte ihnen als Neuestes, daß er soeben im „Dresdener Journal“ gelesen, daß der Landtag 100 000 Mark zur Herrath des Prinzen Johann Georg bewilligen solle. Dabei machte der Kaufmann die Bemerkung, daß er das nicht billige und der Meinung sei, daß der junge Mann nicht eher heirathen solle, als bis er die nöthigen Mittel besitze. Zwei Tage darauf wurde der Kaufmann verhaftet und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet, weil er den Prinzen schwer beleidigt habe. Es wurden ihm Worte unterstellt, die er nicht gebraucht hatte, wie er durch seine Feigen herbeizuführen konnte. Die Sache wurde seitdem (26. November 1893) nicht weiter verfolgt. Der Mann aber, der Anzeige gemacht war — und das ist wichtig zu konstatiren — der Leibarzt des Königs — ein Militär — Dr. Jacoby, der sich auf der Pferdebahn befunden hatte. Einen Kommentar zu dieser Thatsache unterlassen wir.

Die württembergische Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Abend Sitzung einstimmig die Rothkauts-Vorlage, betreffend die Bewilligung von 410 000 M. Unterstützung an Gemeinden und einzelne nichtlebende Landwirthe. Im Laufe der Debatte wies der Justizminister Dr. v. Faber darauf hin, daß 2753 Gnaden-gesuche für Waldfrevel-Strafen eingelaufen seien, denen fast sämtlich stattgegeben wurde; es seien 86 pCt. bereits erlassener Strafen nachgelassen worden.

Die Militarisation der Presse scheint nun auch versucht zu werden, indem man Reserveoffiziere, welche als Redakteure und Verleger von Zeitungen thätig sind, für die Haltung der betreffenden Blätter zur Rechenschaft zu ziehen sucht. So hat man, wie die Berliner Zeitung“ erfährt, den Verleger des „Bladderath“, Herrn Rudolf Hofmann, der dem Kieler Marinebataillon als Reserveoffizier angehört, wegen der Haltung des „Bladderath“ der Militärvorlage gegenüber vor ein Ehrengericht berufen. Er konnte sich damit „rechtfertigen“, daß er auf die Redaktion des Blattes keinen Einfluß habe.

Wenn man endlich den ziellosen Uebergriffen des Militarismus ein Ende machen will, wir glauben nicht so bald, denn die Herrn Reserve-Offiziere und die, welche gerne Reserve-Offiziere werden wollten, sind Stützen des Militarismus und mächtig im Reichstage.

Deutsche Kultur in Afrika. Die ausgespeitzten Dahomeer-Weiber, deren Männer wegen der Auspeisung meuterten und dann zur „Strafe“ gehängt wurden, sind von der Kolonialregierung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“ worden, also zu schlimmerer Sklaverei, als der, aus welcher sie „befreit“ worden. Weshalb bestraft? Weil sie schmachvoll behandelt wurden. Schon manchmal glaubten wir, der Abgrund der Schande sei in Afrika erreicht, und immer geht's noch tiefer.

Die Wahlreform des Koalitionsministeriums, so hieß die Tagesordnung von drei großen Volksversammlungen, die gestern Abend in Wien stattfanden. In denselben wurde das Wahlreform-Projekt der Regierung entschieden abgelehnt und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verlangt.

In der französischen Kammer kam vorgestern die Verfassungsvision zur Sprache. Der ehemalige Minister Goblet, ein sozialistisch-schillernder Radikaler, stellte den schon lange von ihm angekündigten Antrag auf Revision und griff in seiner Rede namentlich den Senat und die „monarchistische“ Einrichtung der Präsidentschaft sehr heftig an. In einem greifbaren Erfolg war jedoch von vornherein nicht zu denken. Unter dem Eindruck des

„Sind wir noch weit von dem Ort, den Du Dir angesehnt hast?“ fragte Lazar.

„Nein — einige Schritte noch“, entgegnete Alschin, dessen schmale Brust leuchtete, aber um so hastiger strebte er vorwärts.

Da straukelte sein Fuß über eine hervorstehende Baumwurzel.

Lazar sagte ihm rasch am Arme.

„Vorsichtig, Du trägst die Flasche.“

„Teufel, bald hätte ich mein Werk an mir selbst erprobt.“

„Ohne Dich des Gelingen's erfreuen zu können.“

„Das wäre allerdings schade, und um so schlimmer, da mit dem Erfinder die kostbare Erfindung zugleich verloren ginge.“

„Die über das unsicherste Pröbeln bisher nicht hinausgediehen ist.“

So bespöttelten sie sich gegenseitig in kaltem Spulismus.

„Da ist der Tobel“, sagte Alschin, „sie nennen ihn hier den Petertobel.“

Beide traten an den Rand und sahen hinab.

Die Wöschung war steil und wild verwachsen, Alles war naß vom Thau.

„Ich weiß nicht, weshalb wir da hinunter sollen?“ versetzte Lazar und zuckte mit den Achseln.

„Um vor Störungen sicher zu sein, auch wird die Detonation da unten fast unhörbar verhallen, die pflanzenbewachsenden Wände verschlingen den Ton.“

„Gut, dann gehen wir hinab... aber gib mir die Flasche.“

Alschin blickte zornig auf: Hältst Du Dich für gezeit? Nein, mein Lieber, ich kenne keine Angst, wer eine Welt in Trümmer legen will, darf seine eigenen Beine nicht schonen und die Manipulation hier ist meine Sache.“

Er sagte es fest und rauh, und Fuß um Fuß sehend, begann er die Wöschung langsam hinab zu steigen. Lazar folgte ihm.

Unten angekommen, wählten sie ihren Platz.

„Ganz vortrefflich“, rief Alschin, „höchst geeignet für unsere Versuchstation.“

(Fortsetzung folgt.)

Bombenschreckens hat die französische Kammermajorität keine Lust, an den reaktionären Grundlagen der Verfassung zu rütteln. Im Gegentheil — sie ist eher in der Stimmung, dieselben noch reaktionärer zu machen. Das liberale Bürgerthum ist überhaupt heutzutage in Frankreich ebenjogut wie in England außer Stande, eine ernsthafte Verfassungsvision vorzunehmen. Das kann erst geschehen, wenn die Arbeiterklasse eine ausschlaggebende Machtstellung im Staate erlangt hat.

Und so wird denn die — noch nicht beendigte — Debatte der französischen Kammer über den Antrag Goblet auslaufen wie das Hornberger Schießen.

Die Finanz-Kommission der italienischen Deputirtenkammer beschloß, die Beratungen geheim zu halten. Das wird, soweit dies überhaupt noch möglich ist, das Mißtrauen gegen die italienischen Finanzpläne bloß vermehren.

Lord Rosebery ist nicht der Glückspilz, als den ihn eine spekulativerische Presse gepriesen hat. Er hat schon eine parlamentarische Niederlage erlitten. Sein zu diplomatisches Vorgehen hat den Radikalen nicht gefallen und Labouchère, der Führer der Unzufriedenen, beantragte gestern Nacht ein Amendement, das die Abschaffung des Oberhauses befürwortete; und dieses Amendement wurde von den Radikalen und Geländern mit 147 gegen 145 Regierungsstimmen angenommen, während die Opposition lächelnd dem „häuslichen Streit“ zusah. Die liberale Majorität ist also aus dem Leim; und braucht Herr Rosebery auch nicht zurückzutreten, so wird er der Auflösung des Unterhauses doch nicht mehr lange aus dem Wege gehen können.

In Norwegen macht die radikale Opposition der Regierung das Leben recht sauer, sie lehnt alles ab, was die Macht der Regierung stärken könnte. Da die Radikalen die Majorität haben, dürfte das konservative Ministerium, obgleich es vom König gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes gestützt wird, bald ausgespielt haben.

Brasilien. Die Flotte der Insurgenten im Hafen von Rio de Janeiro hat sich nach kurzem Kampfe ergeben; die Offiziere waren vor dem Kampfe schon feig ausgeriffen.

Parlamentarisches.

Antisemitischer Antrag betr. die Beschränkung der Konsumvereine. Die Abgg. Dr. König, Zimmermann und Gen. haben im Reichstage den Antrag gestellt, die verbündeten Regierungen aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach staatlichen Betrieben die Gründung von Konsumvereinen oder Verkaufsgenossenschaften verboten wird und die schon bestehenden Konsumvereine oder Verkaufsgenossenschaften solcher Betriebe aufgehoben werden.

Parteinachrichten.

In der Wiener Märzfeier haben nach der „Arbeiter-Zeitung“ 40—50 000 Menschen theilgenommen.

Ein allgemeiner Wiener Vereinstag, auf dem eine Regelung der Festlichkeiten und eine Reform des Lanzzunternichtes angeregt werden soll, ist für den 23. März 1894 einberufen.

Partei- und Parteibeiträge. Der „Vorwärts“ widmet den Delegirten des jüngst stattgehabten Parteitags für Bremen und benachbarte Wahlkreise, welche den Wunsch geäußert hatten, die Parteikasse möge durch finanzielle Unterstützung die besonders für die ländliche Agitation werthvolle „Nordwacht“ vor dem Eingehen bewahren, eine recht eindringliche Strafvorladung, in welcher er den Sündern besonders zu Gemüthe zu führen sucht, daß, wenn sie eine Unterstützung der lokalen Parteiblätter aus der Zentralkasse wünschten, sie dabei ganz vergessen, daß dieser Kasse vorerst etwas zugeführt werden müsse, ehe sie etwas ausgeben könne, daß aber gerade in dieser Beziehung der Bezirk des Parteitags äußerst schwach vertreten sei, ein solcher Wunsch also — sagen wir — gar keine Berechtigung habe. Da ich der eigentliche Veranlasser jenes Beschlusses oder Wunsches bin, so gestatte ich mir, der Philippika des „Vorwärts“ einige Bemerkungen entgegenzustellen.

Ich gebe gern zu, daß die Ermahnungen des „Vorwärts“ in der übergroßen Mehrheit der Fälle, in welchen es sich um Anforderungen an die Parteikasse behufs Unterstützung eines wacklig gemordenen lokalen Parteiganges zc. handelt, ihre volle Berechtigung haben mögen. Aber nicht in allen Fällen haben sie eine solche Berechtigung und ganz gewiß nicht in dem hier vorliegenden Falle. Zunächst möchte ich dem „Vorwärts“ doch ins Gedächtnis rufen, daß es sich bei der „Nordwacht“ nicht um ein Lokalblatt, wenigstens nicht in dem üblich engeren Sinne des Wortes handelt und weiter ist die „Nordwacht“ durchaus keine leichtsinnige, ohne Vorhandensein der erforderlichen Existenzbedingungen begründete Unternehmung. Sie entsprach, noch unter dem Sozialistengesetz begründet, nicht nur damals, sondern entspricht auch heute noch einem lebhaften Bedürfnis, war und ist heute noch in ganzen Provinzen des Reichs, in Schleswig-Holstein, Hannover, den Westfälischen und Oldenburg, in Stadt und Land das verbreitetste, ja einzige Arbeiterblatt, ein Blatt, welches zu einem wesentlichen Theile den mächtigen Aufschwung unserer Bewegung in diesen Theilen Deutschlands bewirkte. Dies starke Anwachsen unserer Partei verursachte es bekanntlich dann, daß in den größeren Städten des Verbreitungsgebietes der „Nordwacht“ an Stelle dieser, welche die streng lokalen Bedürfnisse der Leser doch weniger befriedigen konnte, hier und da Tagesblätter erschienen und die „Nordwacht“ so noch und nach die Städte Bremen, Bremerhaven, Westmünde, Kiel (und zahlreiche andere Orte Schleswig-Holsteins), Schwerin und schließlich noch Lübeck und damit einen erheblichen Theil ihrer Abonnenten verlor. Aber auf dem Lande und in den kleinen Orten jener Provinzen, vielleicht mit Ausnahme Schleswig-Holsteins, ist die „Nordwacht“ heute noch überall verbreitet und sie wird, wie ich glaube, auch heute noch sehr wohl bestehen können, wenn nicht eben ihre Verbreitung über eine Unzahl kleiner und kleinster Orte im nordwestlichen Deutschland die Expeditionskosten zc. ganz unverhältnißmäßig hoch gestalteten.

Aber in dieser ausgedehnten Verbreitung des Blattes über weite ländliche Gebiete liegt andererseits gerade wieder der hohe Werth desselben, denn diese Verbreitung schafft uns Anknüpfungspunkte für unsere Agitation in sonst ganz unzugänglichen Gegenden, schafft überall die Möglichkeit eines planmäßigen Wirkens, eines engeren Zusammenhanges der schriftlichen wie mündlichen Agitation, ganz abgesehen von anderen, offenkundigen Vortheilen für unsere Sache.

Diese besonderen Verhältnisse erklären es, wie ich meine, zur Genüge, daß die Delegirten des in Bremen stattgehabten Parteitages einstimmig in der Meinung waren, daß es sich bei der „Nordwacht“ nicht um die Erhaltung eines Lokalblattes handelte, sondern um einen wesentlichen und wichtigen Faktor für die Partei und mit Recht als besonders notwendig und wichtig betonte Agitation auf dem Lande.

Und da soll nun die Zentralkasse helfen? Ich war auf dem Parteitag dieser Meinung und bin auch durch die Abkänge

lung, die der „Vorwärts“ dann vorgenommen, nicht eben anderen Sinnes geworden. Der „Vorwärts“ meint allerdings, man könne von der Parteikasse nur das fordern, was man vorher derselben zur Verfügung gestellt habe und um danach den Gewinnen des hier in Betracht kommenden Bezirks die volle Richtberechtigung ihres Anspruchs auf Hilfe möglichst niederschmetternd zum Bewußtsein zu bringen, hat er sich die gewiß denkenswerthe Mühe gemacht, heranzurechnen, daß jener Bezirk in den letzten drei Monaten an die Parteikasse nicht mehr wie Summa Summarum 6.18 M. abgeführt habe. An und für sich ist der Satz, daß der Parteikasse nur das entnommen werden könne, was ihr vorher einverleibt worden ist, allerdings von verblüffender Wahrheit. Aber wenn wir die Anschauung des „Vorwärts“ von der Art, wie die Parteigelber zu verwenden seien, praktisch durchführen wollten, kämen wir doch wohl zu den lächerlichsten Konsequenzen, denn da dürften wir die meist von den großen Städten aufgebrachtten Parteilittel nur für diese und bei Leibe nicht für die rückständigen Landgebiete, die finanziell wenig oder gar nichts leisten, aufwenden. Natürlich will der „Vorwärts“ solches durchaus nicht, er hat sich nur von seinem Gifte, die starken Anforderungen an die Parteikasse ein wenig abzuwehren, zu weit führen lassen und dabei über das Ziel hinausgeschossen.

Man kann mir entgegenhalten, daß in der Frage der Erhaltung der „Vorwärts“ in auch größeren Orten, wie Gesehensünde und besonders Bremen in Betracht kämen, worauf ich bemerke, daß beide Orte schon ein Lokalblatt zu erhalten haben und daher nicht im Hände sind, neben ihren sonstigen finanziellen Aufwendungen, auch für landliche Agitation noch ein ständig erscheinendes Blatt für die umliegenden Provinzen zu erhalten. Und ganz beiläufig bemerke ich gegenüber den Bemühungen des „Vorwärts“, die finanziellen Leistungen unseres Parteibeirats in ein recht helles Licht zu setzen, daß, soweit hier der Bremische Wahlkreis speziell in Betracht kommt, dieser durchaus nicht hinter anderen, zum Theil erheblich größeren holländischen Kreisen zurücksteht, im Gegenteil bildet die meisten dieser Kreise übertraf, was dem „Vorwärts“ ein Bild in die Quertungen der Parteikasse im Laufe der letzten drei Jahre beizubringen dürfte.

Was dann meine Bedenken gegen die Gründung des „Sozialdemokrat“ betrifft, so erledigen sich diese denn doch nicht, wie der „Vorwärts“ meint, einfach durch den Hinweis darauf, daß selbiger auf Grund eines Parteitagbeschlusses ins Leben trat. Dieser Beschl. der vom letzten Parteitag gefaßt wurde, nachdem drei vorhergehende Parteitage den bezüglichen Antrag abgelehnt hatten, alterirt meine Meinung, daß die Begründung des „Sozialdemokrat“ zunächst eine materielle Schädigung unserer Lokalpresse bewirkt, durchaus nicht, die Thatsache, daß der „Sozialdemokrat“ schon jetzt mehr wie zehntausend Abonnenten hat, trägt meine Ansicht noch und wenn es mir auch selbstverständlich nicht einfallen würde, irgend etwas zu unternehmen, was die Ausführung jenes Parteitagbeschlusses hemmen oder schädigen könnte, ich vielmehr auch meinerseits gern zum Gediegen des neuen Mitkämpfers beitrage, so habe ich ungeachtet dessen doch das Recht, meiner Meinung über das etwaige Unpraktische und Schädigende jenes Beschlusses offen Ausdruck zu geben.

Julius Bruhn.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Elberfeld, 13. März. Was man nicht definiren kann, sieht man als großen Unfug an. Der verantwortliche Redakteur der „Freien Presse“, Genosse A. Linxweiler, hatte heute Vormittag vor dem Untersuchungsrichter des kgl. Amtsgerichts eine Vernehmung in Sachen des Barmer Bierbockotts. Der Verantwortliche soll durch Veröffentlichung einer Anzahl Verfallungsberichte über den Bockott, sowie durch den seitgedruckten Satz: „Arbeiter, trinkt kein Bier, Wahrt Euer Versammlungrecht“, den § 860 des R.-G.-B. Absatz 11 übertreten haben. Der Absatz lautet: Mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft wird bestraft: wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Ehem erregt oder wer großen Unfug verübt.“ Dieser Begriff ist nun bekanntlich sehr bedenklich; wir wüßten nicht, daß eine Gefährdung oder Verletzung des Publikums durch unsere, sowie der Barmer Bockott-Kommission Stellung eingetreten wäre. Die Aufforderung, sich des Genusses von Bier zu enthalten, ist an diejenigen Bürger gerichtet, die sich als Arbeiter, als Klasse selbständig erklären, diese sollen durch ihre Enthaltensart vermeiden, daß das Zentrallokal der Sozialdemokraten wieder zu ihren Versammlungen überlassen wird. Ein Druck auf das biertrinkende Publikum ist in keiner Weise angebracht worden. Die Kommission sowohl wie die „Freie Presse“ haben das Publikum ebensowenig belästigt, wie die Herren Birthe, die die Aufforderung erließen, die „Freie Presse“ abzusetzen oder in derselben nicht mehr zu inseriren. Doch wir sehen den Dingen ruhig entgegen und haben gar nichts gegen die unbedachtliche Tendenz der Staatsanwaltschaft einzuwenden, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des „großen Unfugs“ den Barmer und andern Arbeitern, den Bockott über das Bierrecht zu verurtheilen und Gedächtniß zu rufen.

Soziale Uebersicht.

Die Sozialdemokraten im Wurzener Gemeindegemeindegremium. Die Dehnte im Rappenteich, das heißt die sozialdemokratische Stadtverordneten im Stadtverordnetenkollegium der sächsischen Stadt Wurzen, machen den Herren Stadtvätern rechte Kopfschmerzen. Jetzt hat das Kollegium wieder eine Gehaltsverhöhung für städtische Beamte abgelehnt und zwar mit der Motivirung, daß, wenn man erhöhen will, man nicht oben bei 2800 M., sondern unten bei den Arbeitern anfangen soll. In einem anderen Falle hatte sich das Kollegium über den Stadtrath bei der Kreis-Hauptmannschaft beschwert, weil der Stadtrath den bekannten Sekretär Hallbauer wegen Ungehörigkeiten nicht mit Disziplinarstrafen belegt oder ihm gelündigt hatte. Die Kreis-Hauptmannschaft hat diese Beschwerde abgewiesen.

Internationales Schuhmacher-Sekretariat.

Dem Fachverein der Schuhmacher Zürich ging uns die Meldung zu, die Kollegen vor Zugung nach Zürich zu warnen. Unsere Züricher Kollegen stehen mit den Arbeitgebern wegen ihrer Forderungen auf eifrige Arbeitszeit, Abschaffung des Singschlags, des Koss- und Logiewesens, sowie 15 pSt. Lohnzuschlag in Unterhandlung. Ein Streik ist wahrscheinlich.

Die Sektionen und Jahressitzungen der Landesverbände sind erloschen, diesen Appell in den Verkehrslokalen öffentlich bekannt zu geben.

Die Verdrängung des Streiks der Weber in Großenhain vermag selbst der hartgesottenste Bourgeois nicht zu bezweifeln. Nach der Berechnung einer Kommission des Fabrikantenvereins sollen die Weber weniger verdienen in einem Jahre, z. B. bei Stuhl Nr. 2 184.20 M., bei Stuhl Nr. 90, wo die geringsten Abzüge vorkommen, 37 Mark pro Jahr. Der Stuhl Nr. 16 würde nach dem Tarif, wie ihn die Fabrikanten den Arbeitern aufzwingen wollen, 203.74 M. arl weniger verdienen; die anderen Stühle bewegen sich meist zwischen 100—200 M. Abzug. Diese Zahlen sprechen ohne Kommentar für sich selbst. Jedermann wird begreifen, daß die Arbeiter sich ihre Hungerlöhne nicht noch mehr reduzieren lassen können. Ein Versuch der Weber, eine Einigung herbeizuführen, scheiterte an dem Starrsinn des Unternehmers, der darauf bestehen bleibt, die Reduktion bis über 20 pSt. einzutreten zu lassen. Die Weber haben darauf wieder einstimmig beschlossen, den Kampf weiter zu führen.

Es ist bis jetzt gelungen, alle zuweisenden Weber von dem ernstesten Kampfe zu unterrichten, so daß noch keiner in Arbeit steht und von hiesigen Orte haben sich, seitdem der Streik besteht (26. Februar), nur zwei Personen als Streikbrecher benügen lassen.

Es wird gebeten den Zugang strengstens fern zu halten und die kämpfenden kräftig zu unterstützen. Alle Sendungen sind zu richten an Bro. Geier u. Comp. in Großenhain.

Das Streikkomitee.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Wächung, Schneider und Schneiderinnen!

Nachdem eine Anzahl Geschäfte den im vorigen Jahre erungenen Tarif ausrecht erhalten, ein anderer Theil sich durch Zuzahlung verpflichtet, denselben wieder vollständig innezuhalten, ferner Neubewilligungen hinzugekommen sind, so fordern wir unsere sänmtlichen Kollegen auf, für die strikte Zahlung nach dem Tarif zu wirken. Zur Vorberathung der Stellung, welche den Geschäften gegenüber einzunehmen ist, welche bisher entweder keinen Tarif haben oder auch nach dem im Vorjahre anerkannten Tarif nicht zahlen, tagt am Freitag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Fregang“, Schützenstr. 18/19, eine Berathungs- und Geschäfts-Delegirten-Sitzung. Wir fordern die Kollegen der in betracht kommenden Geschäfte auf, in dieser Sitzung zu erscheinen.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Zum Schneiderstreik wird aus Kiel gemeldet: Es betheiligten sich an demselben 135 Schneider und eine Schneiderin. Von diesen sind 93 verheiratet und haben 175 Kinder zu ernähren. 35 Schneider haben bereits die Stadt verlassen und andere werden diesem Beispiele folgen. Für die Arbeitgeber hat der Streik schon seine unangenehmen Folgen gehabt, weshalb sie an das Gewerbeamt herantreten, um dasselbst ein Schiedsgericht zu bilden und sich dem Spruche desselben zu fügen. Die Arbeitnehmer sind auf diesen Vorschlag eingegangen und haben drei Kollegen zum Schiedsgericht gewählt.

Die Lohnbewegung der Schneider in Stuttgart gewinnt an Ausdehnung. Nach mehrfachen Versuchen, welche die Schneidergesellen unternommen, um eine Einigung herbeizuführen, und die resultatlos verlaufen sind, haben sie nun endgültig beschlossen, den Streik zu proklamiren. Das Streikkomitee erläßt folgenden Aufruf:

Achtung! Nachdem der letzte abermalige Versuch, mit den Unternehmern auf gültigen Wege eine Einigung herbeizuführen, scheiterte, wurde gestern Abend in einer stark besuchten öffentlichen Schneiderversammlung der Streik proklamirt. Wir ersuchen deshalb die Kollegen von außerhalb, keine Arbeit aus Stuttgarter Geschäften anzunehmen und bitten alle zielbewußten Arbeiter, die Stuttgarter Schneider finanziell und moralisch zu unterstützen. Gelder sind zu senden an G. Schumann, Wagnerstr. 38. Briefe und Anfragen nimmt entgegen G. Schlumberger, Gasthaus „zum Hirsch“, Hirschstr. 14.

Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Ausstand bei der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft dauert fort. Die Ausständigen versuchten mehrfach, die Nichtstreichenden an der Fortsetzung der Arbeit zu hindern, wobei es zu belanglosen Ruhestörungen kam.

Die von der Direktion als unannehmbar bezeichneten Forderungen der Arbeiter sind: 1. Einführung einer zwölfstündigen Arbeitszeit. 2. Minimallohn für alle Bediensteten von 1 fl. 80 kr. (3 M.) per Tag. 3. Abschaffung des Stundenlohnes. 4. Die Versicherung, daß kein Bediensteter infolge dieses Lohnkampfes entlassen werden dürfe.

Die Feilen- und Metallarbeiter werden von der österreichischen Metallarbeiter-Organisation aufmerksam gemacht, daß über die Werke der Firma Gebrüder Bohler u. Co. in Hainfeld, Rapsenberg und Bruckbach die Sperre verhängt wurde.

Bei der in Öppingen (Württemberg) am 12. März stattgefundenen Gewerbegerichtswahl legte die Liste der Sozialdemokraten mit einer Majorität von 493 Stimmen über die Hirsch-Bundesschen. Und das Alles, trotzdem diese Armen sich der kräftigsten Verbände der Fabrikanten zu erfreuen hatten. Es ist überall aus mit den Harmonieschalmeyen.

Nochmals der Militärbockott. Aus Döbeln in Sachsen wurde auch von uns kürzlich berichtet, daß Soldaten, die in bürgerlichen Geschäften solche Gegenstände kaufen, die sie auch in dem Regiments-Konsumverein hätten entnehmen können, bestraft worden seien. Der Garnison-Kommandeur von Döbeln stellt dies in einem Schreiben an den Stadtrath in Abrede, er betont, daß namentlich die „sozialistischen Blätter“ diese in „allen Theilen erfindende und unwahre Behauptung“ nur zu dem erschlichen Zweck kolportiren, um das gute Einvernehmen zwischen Garnison und Einwohnerchaft zu zerstören. In wie weit das „gute Einvernehmen“ zwischen dem Militär und der Einwohnerchaft leiden kann, sei das nähere hier nicht untersucht, hinzuzufügen wollen wir nur, was die Bürgerstädter „Vollstimme“ dazu bemerkt. Dort heißt es: Wir stellen demgegenüber fest: Thatsache ist, 1. daß Bestrafungen von Seiten vorgekommen sind, die betroffen wurden, als sie in bürgerlichen Geschäften kauften; 2. daß unsere bürgerlichen Kreise annehmen, diese Bestrafungen seien erfolgt, weil die Leute in bürgerlichen Geschäften gekauft hatten; 3. daß uns von unterrichteter Seite bezüglich der einen oder anderen Bestrafung mitgetheilt wurde, sie sei erfolgt, weil die Betroffenen in unvorschriftsmäßigem Anzuge (Garnitur) die Kaserne verlassen hatten! 4. daß man unter dem Militär vielfach der Meinung begegnet, die Soldaten dürften in bürgerlichen Geschäften nicht kaufen, oder aber sie würden bestraft! Wie hängt das nun Alles zusammen? Immerhin ist es schon von unserem Stadtrath und unserer Stadtverordneten-Versammlung, daß sie dem Herrn Grafen eine so schöne Antwort gegeben haben. Der Herr Graf werden sich sehr freuen über diese höflichen Herren, — die Bürgerstadt wird sich wohl nur ein bisschen wundern.

Entlassene Strafgefangene. Kapitalistische Blätter melden: Der Verein für Besserung entlassener Strafgefangener hielt am 12. d. M. im Landgerichtsgebäude in der Zidenstraße unter Vorsitz des Geheimen Rath Mixt eine Sitzung seines Lokalausschusses ab, in der über die Entwicklung der Arbeitsvermittlung Bericht erstattet wurde. Rheinland, Westfalen, vor Allem aber Detmold waren früher die Gebiete, wozu Strafentlassene von hier entsandt wurden, zur Deckung des Bedarfs an Landarbeitern, an denen es in jenen Gegenden mangelte, da die Eingessenen lieber als Regelarbeiter nach dem Brandenburgerischen wanderten. Jetzt sind diese Gebiete den Strafentlassenen verschlossen, weil mit dem Darniederliegen der Ziegeleiindustrie die Auswanderung aufgehört hat und genug heimische Arbeitskräfte vorhanden sind. Der Verein hat sich daher nach anderen Arbeitsgelegenheiten umschauen müssen und hat jetzt namentlich mit Westpreußen erfolgreiche Beziehungen angeknüpft, wo man nicht nur einzelne Arbeiter, sondern auch ganze Arbeiterfamilien gern aufnimmt. Im letzten Monat sind nicht weniger (!) als 147 Strafentlassene der Landwirtschaft zugeführt worden. Ungemein schwer sind sehr Fabrikarbeiter unterzubringen. Von den 288 Strafentlassenen, die in den letzten vier Wochen die Hilfe des Vereins nachsuchten, konnten nur 11 in Fabrikbetrieben placirt werden. Ueberhaupt Arbeit erhielten seit Beginn des Jahres von 692 gemeldeten 392 Strafentlassene.

Wieviel sich der Verein für Besserung entlassener Strafgefangener auf seine Thätigkeit zu gute thut, wissen wir nicht. Eins aber ist sicher: Auf den, dem Daten liegt, nicht allein den Strafentlassenen nur der Form nach, zu placiren, sondern auch sein Kulturniveau auf eine halbwegs menschlich zu nennende Höhe zu bringen, muß das erzielte Resultat geradezu niederschmetternd wirken. Man denke! In ganz Norddeutschland sind

die Lippe'schen Ziegelei-Arbeiter wegen ihrer Bedürfnislosigkeit unter der Arbeiterchaft verurtheilt und in den Ostprovinzen steht der Landarbeiter, der auch nur ein wenig auf Reputation hält, die Zuchttrube des Junkers, um im Westen eine — ach wie beschwerliche — Arbeitsgelegenheit zu suchen. Und Gegenden, welche von Menschen, die gewiß nicht verpöbht waren, verlassen werden mußten, wurden und werden mit Strafgefangenen versorgt. Ist es da ein Wunder, wenn der entlassene Sträfling die vorgebliche Fürsorge übel belohnt und als „Radschläger“ wieder ins Zuchthaus zurückkehrt?

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom 14. März, 11 Uhr.
Am Regierungstische: Graf zu Eulenburg, von Schelling, Doffe.

In erster und zweiter Beratung werden die Gesetzentwürfe, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichts in Ronsdorf; betreffend die Geltung des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz in Helgoland; betreffend den Handel mit Antheilen und Abschnitten von Loosen zu Privatlotterien und Auspielungen; betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken ohne erhebliche Debatte angenommen.

Der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds im Extra-Ordinacium des Stats der Eisenbahnverwaltung für 1892/93 wird auf Antrag des Berichterstatters der Budgetkommission Abg. Sattler durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

Abg. Jäckel (freif. Vp.) beantragt die Zurückverweisung an die Kommission, was abgelehnt wird.

Darauf wird der Gesetzentwurf in seinen einzelnen Theilen angenommen, ebenso eine von der Kommission beantragte Resolution: die Regierung aufzufordern, die Pensions- und Rentenverhältnisse der an öffentlichen nichtstaatlichen höheren Lehranstalten angestellten Beauftragten einheitlich zu regeln.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des § 211 des Allgemeinen Berggesetzes vom 25. Juni 1865, dasselbe wird nach einer die Vorlage nicht berührenden Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung von Petitionen.

Ueber die Petition des westfälischen Städtetages, auf den baldigen Erlaß eines Gesetzes hinzuwirken, durch welches die Rußbarmachung neuer Apothekenkonzessionen für die Gemeinden ermöglicht wird, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Die Gemeinde G a r d e n im Kreise P l a n petitionirt um Aenderung der Gesetzgebung dahin, daß die Heranziehung der Kantine der kaiserlichen Werk zu der Gemeinde-Einkommensteuer ermöglicht werden kann.

Die Gemeindefunktion beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Groth (nl.) beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, da die Kantine den freien Gewerbetreibenden große Konkurrenz mache.

Die Abgg. v. Buch (L) und Sattler (natl.) stimmen diesem Antrage zu, der letztere aber nur, weil er eine baldige Regelung der Frage der Kommunal-Versteuerung des Reichsflusses wünsche.

Der Regierungskommissar und der Abg. Schla- b i g (f.) sprechen für den Kommissionsantrag.

Der Antrag des Abg. Groth wird angenommen.

Ueber die Petition des Magistrats von Berlin um teilweise Rückerstattung des von der Stadtgemeinde Berlin gezahlten Polizeikosten-Pauschquantums beantragt die Gemeindefunktion, zur Tagesordnung überzugehen, aber der Regierung die Erwartung auszusprechen, daß mit der Verbesserung des nächtlichen Sicherheitsdienstes in Berlin baldmöglichst vorgegangen werde.

Abg. Permed (sf. Vg.) bedauert den Beschluß der Kommission, verzichtet aber darauf, den Antrag auf Uebersetzung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung zu stellen, da dessen Annahme ausgeschlossen sei.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petition des Apothekers Friederich in Friedenau und Gen. um Wiederaufhebung des Ministerialerlasses vom 18. Januar 1892, betr. den zwangsweisen konfessionellen Schulreligionsunterricht der Disfidentenländer, und die Petition des Prof. Dr. Arnold in Hannover um Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an thüringischen Hochschulen in gleicher Weise, wie für Lehrer an höheren Lehranstalten, werden der Regierung als Material überwiesen.

Außerdem werden noch einige Petitionen von rein persönlichem oder lokalem Interesse nach den Anträgen der Kommission erledigt.

Schl. 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Schuldbahnengesetz, Petitionen.)

Vermischtes.

Rom, 13. März. Wie aus Grosotto (Provinz Sondrio) gemeldet wird, stürzte daselbst während eines Begräbnisses ein Theil der Umfassungsmauer des Friedhofs ein und verschüttete zahlreiche Personen, von denen 6 getödtet und 36 verwundet wurden.

Gehildeter Pöbel. Der Schauspiel arger Standale war am Sonntag das Scala-Theater in Mailand. Es war den Abonnenten nicht recht, daß Wagner's „Walküre“ zum 20. Male aufgeführt wurde, und sie erhoben, als die Vorstellung beginnen sollte, einen solchen betäubenden Lärm, daß die Damen das Theater eilig verließen und der Kapellmeister aus dem Orchester flüchtete. Der Polizeikommissar versuchte vergebens das Publikum, das sich wie toll gebekete, zu beruhigen. Der Kapellmeister lehrte mit einigen Karabiniertruppen zurück, worauf der Ärger 2 1/2 r u m l o s b r a c h, der eine halbe Stunde währte. Die Abonnenten stürzten in das Orchester und auf die Bühne, um alles zu z e r t r ü m m e r n. Das Theater mußte schließlich mit Gewalt geräumt werden.

Und diese Gesellschaft spielt sich gegenüber den in Sizilien niedertartätschten Bauern als Partei der Ordnung auf. Eine nette Horde.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

1000 Hildorf. Wenn die Frau beweisen kann, daß sie die Sachen mit eigenen Mitteln erworben hat, kann sie interveniren.

Alfred Löbmann, Döbber bei Petershagen. Vierteljährlich.

Töpler. Ihr Eingekand enthält eine Polemik, schicken Sie uns eine Berichtigung.

Kolz. Mehrere Mitglieder der genannten Vereinigung haben sich wiederholt als Parteigenossen bezeichnet und ist nach ihrem bisherigen Wirken ein Verstoß gegen unsere Parteilichungen nicht bemerkt worden.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.

Hierlohn, 14. März. Bei der heutigen Gewerbegerichts-wahl regten die Sozialdemokraten mit doppelter Majorität gegen die vereinigten Regier.

Für den Inhalt der Interests über nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 15. März, Opernhaus. Lohengrin. Schauspielhaus. Fannels. Die Minnekönigin. Sie ist stumm. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Fassung-Theater. Madame Sans-Gêne. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der lustige Krieg. Residenz-Theater. Der Maskenball. Vorher: Vermischte Anzeigen. Neues Theater. A Basso Porto. Vorher: Das Recht der Frau. Central-Theater. Ein gesunder Junge. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz-Theater. Ein pikantes Verhältnis. National-Theater. Die Arbeitslosen von Berlin. Theater Unter den Linden. Der Obersteiger. American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Wallner-Theater. Geschlossen. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Strasse 55. Jeden Abend 8 1/2 Uhr:

Lumpensusanne

oder: Die Obdachlosen von Berlin. Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. Die Gräfin, ein schon geprägtes Mädchen.

Franziska Häser. Die Bomba, Afterschwärzerin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“. Josephine Dolcissimo. Branwald — mit bewegter Vergangenheit. Täglich: Auftreten des besten Bandredners d. Zeitzeit

H. Blank.

Ferner u. a.: „Direktor Hippe“ von Martin Bendix, sowie Eugen Jodler, Schächischer Original-Humorist, Alfred Bender. Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Zum 10. Male:

Ein gesunder Junge.

Novität! Novität! Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Stern. Musik von Julius Eindehoffer. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Welt u. größt. Etablissement. Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree der ersten Wiener Damenkapelle „Dittl“ und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten

Miss Webb, Taubenkönigin.

mit ihren 24 dressierten Tauben. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. 8 Kegelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf. C. Koch, jr. Cambrinus.

Säle für Versammlungen und Festlichkeiten

sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Novität! Novität! Die Arbeitslosen von Berlin. Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Hugo Basse. Musik von Hugo Meyer-Ferron. Regie: Hugo Hummel. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr: Volks-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). Großer Erfolg! Bummel-Fritze. Posse mit Gesang in 2 Bildern. Neue Debüt! Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. R. Winkler.

„Sanssouci“.

Kottbuserstr. 4a. Donnerstag, den 15. März cr.: Letzte Donnerstag-Soiree der

Stettiner Sänger

vor Otern. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Zum Schluss: Auf allgemeines Verlangen: (Unbedingt leichte Aufführung) Eine Soiree bei Lehmann's. Parodistisches Ensemble von Meyfel. Freitag: Viktoria-Brauerei.

Passage-Panopticum.

Die Glocke von Fr. v. Schiller. Musik von Romberg. Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert von nur Künstlern 1. Ranges. Auftreten der Ballet-Gesellschaft Columbia (10 Damen), Balletmeisterin Rosa Frioka. Auftreten der Elite-Parlerre-Akrobaten u. Pantomimentruppe Hernandez. Im Mädchen-Pensionat. Romische Pantomime mit Ballet. The Willon's, Doppel-Jongleure. Joä di Dios, Kostüm-Soubrette. Geschw. Howala, Duettistinnen. G. Cordes, Gesangs-Humorist. Sonntag 6 Uhr. Anfang: | Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf. A. Zimmermann.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Donnerstag, den 15. März cr.: Abends 7 1/2 Uhr: Auf auf zur frühlichen Jagd! Parforce- u. Kaschadenritt. Ballet von 100 Damen. Reute von 40 Hunden. Außerdem: 6 Rappen u. Caronssel von 30 Pferden, vorgeführt v. Hrn. R. Renz; Maestoso und der Steiger Alop, ger. von Frau. Oceana Renz; Kandelaber, ger. von Herrn Ernst Renz; die itarischen Spiele in der Luft, ausgeführt von der Familie Dainoff; die Hand-Akrobaten Gebrüder Detrott; der Clown Hermann mit Sohn, dem kleinsten Clown der Welt, etc. Morgen: Auf auf zur frühlichen Jagd! Fr. Renz, Direktor.

Musikinstrumente.

Alle Klavier-, Streich- u. Schlaginstrumente, Spielfloß, 3. Treben u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt Aug. Kessler, 51. Raupherstr. 51.

P. Herrguth

Müllerstr. 181, am Weddingplatz. Landesprodukten- u. Kohlhandlung, liefert zum bevorstehenden Feste Mehl und sämtliche Backzutaten in anerkannter Güte zu herabgesetzten Preisen

Dem Fabrikanten August Rudolph zu seinem 50. Geburtstag ein donnerndes Hoch! Schwabbel, Neefe, Kofe, Platte. Stauble, nimmst Du denn heut' den Befen?

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben einzigen Sohnes Willy Bierke, sagen wir allen Freunden u. Bekannten, sowie dem Gesangsverein „Sorgenlos“ unseren herzlichsten Dank. Die tiefbetrübten Eltern u. Schwester.

Castan's Panoptikum.

Neu! Eine Neu! Vision: Psammenit, der lebende Mumienkopf.

Nur noch wenige Tage. Präuschers anat. Museum

täglich von früh 9 bis 10 Abends für erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag Damentag. unwiderruflich: Schluß Sonntag, den 1. April.

Bock-Brauerei

23226 Tempelhofer Berg. Täglich: Gr. Bock-Konzert. Freitag, den 16. März, 8 Uhr Abends: Anstich der 2000. Tonne, die gratis verzapft wird.

Concordia-Festsäle

C. Saeger, 64. Andreasstraße 64. Heute, Donnerstag, den 15. März: Grosse Soiree der Norddeutsch. Sänger. Programm reichhaltig, decent und komisch. Anfang 8 Uhr. Entree 80 Pf. Passe-partouts, Familien- u. Freibilletts haben Gültigkeit. 78/12 C. Saeger.

Wichtig für jede Dame!

Elegante Regenmäntel 7-10 M., Modell-Regenmäntel, hochelegant, 10 bis 18 M., Badisch-Jaqueis 2,50 M., elegante Neuheiten in Jaquets und Umhängen 10-16 M. Ladenpreis das Doppelte. Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L* am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabate sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Musikinstrumente.

Alle Klavier-, Streich- u. Schlaginstrumente, Spielfloß, 3. Treben u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt Aug. Kessler, 51. Raupherstr. 51.

P. Herrguth

Müllerstr. 181, am Weddingplatz. Landesprodukten- u. Kohlhandlung, liefert zum bevorstehenden Feste Mehl und sämtliche Backzutaten in anerkannter Güte zu herabgesetzten Preisen

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgen. Deutschlands (Filiale Berlin).

Die Mitglieder-Versammlung findet nicht heute, den 15. März, sondern den 22. März statt. Gleichzeitig werden diejenigen Mitglieder, welche sich an der Urabstimmung betreffend die Errichtung des Vereinsbureaus noch nicht beteiligt haben, ersucht, sich an Kollegen R. Schöpke, Wollinerstr. 23, zu wenden, und können daselbst Listen in Empfang nehmen. Die Verwaltung.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlin und Umgegend. Am Freitag, den 16. d. M., Nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Ulrich, Waldemarstraße 75: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Heymann über: Der 18. März und das „Proletariat“, und Diskussion. 2. Berichterstattung der Bierkommission, das Antwortschreiben des Brauereivorstandes, und welche Stellung nehmen wir demgegenüber ein? 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 164/10 Auch Nicht-Vereinskollegen haben Zutritt. Der Vorstand. J. A.: W. Lorenz.

Achtung, Tapezirer!

Am Donnerstag, den 15. März, Abends 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20: Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Der Boykott der Innung über das Arbeitsnachweissbureau der Berliner Gehilfenschaft, Schützenstr. 18/19. 2. Diskussion. Der Vorstand der Innung ist eingeladen und ersuchen wir die Kollegen in ihrem eigenen Interesse, vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Die Agitationskommission der Tapezirer Berlins und Umgegend.

Achtung! Große öffentliche Versammlung

am Freitag, den 16. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Joël's Festsäle, Andreas-Strasse No. 21. Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 18. März. Referent Reichstags-Abgeordneter Fr. Zubell. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Agitations-Kommission. 4. Berichterstattung des Gewerkschafts-Delegierten. 5. Verschiedenes. Die Agitations-Kommission. 23226 Die Versammlung wird präzis 8 1/2 Uhr eröffnet.

Spandau.

Sonntag, den 18. März 1894, Nachmittags 4 Uhr, in Bork's Lokal, Staatenerstraße 14: Große öffentliche Volks-Versammlung für Frauen und Männer. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Jhrer aus Velten über: Der 18. März und seine Bedeutung. 2. Diskussion. 3. Die Waiseler. 4. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Charlottenburg.

Freitag, den 16. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstraße 39: Große öffentliche Volksversammlung aller Arbeitslosen. Tages-Ordnung: 1. Die Handelsverträge und die Arbeitslosigkeit. Referent Genosse Paul Jahn-Berlin. 2. Diskussion. Im Einverständnis mit den Vertrauensleuten: Der Einrufer.

„Rheinische Zeitung“

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes ihr tägliches Erscheinen beginnen. Gerade im Rheinlande, wo eine gut fundirte und bediente gegnerische Presse der liberalen sowie der Zentrumsparthei zur Verfügung steht, welche kein Mittel, selbst das der Lüge und Verleumdung nicht scheut, um die gerechten Bestrebungen des arbeitenden Volkes anzusehnen, seine Ideale als Wahnwitz hinzustellen oder dieselben in den Roth zu jeren, ist es mehr als irgendwo notwendig, eine schneidige Waffe zu besitzen, um den Kampf mit diesen mächtigen Gegnern im Interesse der Bevölkerung, welche politisch entrechtet und wirtschaftlich geknechtet ist, recht energisch und wirksam führen zu können. Das die „Rheinische Zeitung“ dieser Aufgabe voll und ganz gewachsen sein wird, soll die allernächste Zukunft beweisen. Der Abonnementspreis beträgt 2,10 Mark pro Quartal oder monatlich 70 Pfg. Jede Postanstalt nimmt unter Nr. 5671 Bestellungen entgegen sowie die Expedition, Hämerngasse 37 (bis 1. April nach Gr. Griechenmarkt 115). Am 22. März wird eine Probenummer erscheinen, welche wir auf Wunsch unserer Genossen und Freunden in beliebiger Anzahl zur Verfügung stellen. Mit Parteigrub Die Expedition der „Rheinischen Zeitung“.

Marten's Salon,

236. Friedrichstraße 236. Empfehle meinen Saal für die Osterfeiertage zur Abhaltung von Matineen. Allen Kollegen, Freunden u. Genossen zur Nachricht, daß ich Lothringersstraße 41 ein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal eröffnet habe. Gleichzeitig empfehle ich allen Männern der Arbeit meinen kräftigen Frühstück, Mittags- u. Abendtisch. — Auch steht den werth. Freunden mein Vereinszimmer, 40-50 Personen fassend, zur Verfügung. Julius Brüss.

Der Tischlergeselle Rob. Feseler

wird hierdurch aufgefordert, sich bei weis Abholung einer Erbschaft bei dem Unterzeichneten oder bei dem Tischlermeister Albert Feseler, Berlin, Kleiststr. 5 zu melden. Alle diejenigen, welche über den Aufenthalt des Robert Feseler etwas wissen, werden um gefällige Mittheilung gebeten. Rechtsanwält Liebrecht, Charlottenburg, Berlinerstr. 104.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt die gefällige Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 14. März 1894. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, von Bötticher.

Das Haus feht die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1894/95 fort beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die Titel „Zölle“ 349 749 620 M. und „Tabaksteuer“ 11 083 380 M. werden ohne Debatte genehmigt.

Den Titel „Zuckersteuer“ 70 414 550 M. beantragt die Budgetkommission um 5 Millionen Mark zu erhöhen auf 75 408 000 M.

Abg. Paasche (natl.) hält die Erhöhung der Summe um 5 Millionen Mark für zu hoch. Deshalb will Redner mit seinen Freunden die Einnahme aus der Zuckersteuer nur mit 72 Millionen Mark in den Etat einstellen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Möglichkeit einer höheren Einnahme aus dem Zucker will ich nicht bestreiten. (Hört! hört! links.) Es ist aber nicht richtig, die Höhe der Möglichkeit bis zur äußersten Grenze hinauszuschieben. Wir haben dann keine Mittel, um die überetatmäßigen und außeretatmäßigen unabwiesbaren Ausgaben zu decken und kämen schließlich zu einem Kassendefizit. Durch die Erhöhung der Staatseinnahmen um 20 Millionen wird die Frage der Deckung des Defizits und der Kosten der Militärvorlage in keiner Weise gelöst. Wir werden nur im übernächsten Jahre geringere Einnahmen haben oder vielleicht ein Defizit in den Etat einstellen müssen. Man hat in der Budgetkommission gemeint, die 90 1/2 Millionen Matrifularbeiträge würden durch die Erhöhung der Stempelabgaben bis auf 24 Millionen und das Plus von Einnahmen von 20 Millionen überreichlich gedeckt. Es handelt sich aber nicht um die Matrifularbeiträge, die in diesem Jahre mehr gefordert werden als im vorigen Jahre sondern um die Deckung der ganzen Differenz, einerseits zwischen der Höhe der Ueberweisung und anderseits zwischen der Höhe der Matrifularbeiträge, und diese Differenz beträgt 53 1/2 Millionen. Ferner ist die Majorität des Hauses die, daß unter allen Umständen durch Neubewilligungen die Kosten der Militärvorlage gedeckt werden sollen, und diese Kosten betragen gegenwärtig 47 1/2 Millionen. Durch die Aufstellung des Etats in der Budgetkommission wird also die Frage der Deckung der Kosten der Militärvorlage und des Defizits nicht gelöst, sondern nur verschoben. Ich bitte Sie, für den Etatsanschlag der Regierung und eventuell für den Antrag Paasche zu stimmen.

Abg. Richter: Die Finanzlage ist in der Kommission nicht verschleiert worden, sondern ein schwarzer Schleier, der von Seiten der Regierung darüber gedeckt war, ist beseitigt worden. Man sieht jetzt klar, daß die Sache nicht so ungünstig ist, wie sie in dem Entwurf der Regierung zur Erscheinung kommt. Bis jetzt sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die wirkliche Finanzlage sich noch viel günstiger herausstellen wird, als sie auch nach den Beschlüssen der Budgetkommission erscheint. Welche Einwendungen sind nicht gegen die Erhöhung der Porto-Einnahmen in der Kommission erhoben! Inzwischen hat der einzige Monat Januar eine Mehreinnahme von 1 1/4 Millionen Mark gegen den Januar des Vorjahres ergeben. (Hört! hört!) Der Schatzsekretär selbst hat es als möglich hingestellt, daß die 5 Millionen mehr an Zuckersteuer aufkommen. Dann ist man nicht mehr berechtigt, die Matrifularbeiträge zu erhöhen. Nach meiner Meinung ist es nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich, nahezu sicher, daß die Einnahmen aus der Zuckersteuer noch weit mehr als um fünf Millionen über den Etatsansatz von 70 Millionen hinausgehen. Der Schatzsekretär verlangt einen Reservefonds für außeretatmäßige Ausgaben. Ein solcher Reservefonds ist eine sehr gefährliche Einrichtung, er provoziert geradezu zu Etatsüberschreitungen. Besser ist es, wenn man von vornherein weiß, was hat sich mit einer bestimmten Summe einzurichten.

Abg. v. Kardorff (N.P.): Die ganze Erhöhung der Zuckersteuer hat nur den Zweck, unsere Finanzlage falsch darzustellen.

Abg. Richter hält die Mehreinnahme von 5 Mill. Mark für möglich.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Etats müssen nach festen Grundsätzen und nicht nach Möglichkeiten aufgestellt werden, sonst kommt man zu chronischen Defizits.

Abg. Richter: Feste Grundsätze herrschen bei der Aufstellung des Etats nicht.

Abg. v. Kardorff: Was die Nationalliberalen beantragen, ist das Äußerste, was an Mehreinnahmen eingestellt werden kann.

Abg. Paasche (natl.): Wenn die Zunahme der Bevölkerung allein maßgebend sein sollte, dann müßte man auch bei anderen Verbrauchssteuern Erhöhungen vorschlagen, die ja wohl auch Wirklichkeit werden.

Abg. Richter: Der Rückgang des Zuckerkonsums in früheren Jahren ist hierbei nicht maßgebend; damals herrschte ein ganz anderes Zuckersteuer-System und die Zuckerpreise gehen jetzt herunter.

Abg. v. Kardorff: Wir haben früher noch billigere Zuckerpreise gehabt und trotzdem sank der Konsum.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Ohne Debatte genehmigt das Haus die Salzsteuer: 42 747 800 M.

Zur Branntweinsteuer: 118 083 240 M. beantragen die Sozialdemokraten:

Den Reichstagsler zu ersuchen, nach jeder Neubemessung der Jahresmengen an Branntwein, die die einzelnen Brennereien während der Kontingenzperiode zum niedrigeren Satze der Verbrauchsabgabe herstellen dürfen, spätestens bis zum Schlusse des Betriebsjahres dem Reichstage ein nach Steuerdirektivbezirken und für jeden Steuerdirektivbezirk nach der Höhe des Kontingents geordnetes Verzeichnis der in § 2 Abs. 4 des Gesetzes betr. die Besteuerung des Branntweins näher bezeichneten Brennereien vorzulegen, deren Kontingent mindestens 200 Hektoliter beträgt, unter Angabe von Namen und Wohnsitz des Unternehmers jeder Brennerei, die nach ihrer Eigenschaft als landwirtschaftliche oder gewerbliche aufzuführen ist.

Abg. Schorlauk (soz.): Es wäre doch von größtem Interesse, zahlenmäßig und ganz genau zu erfahren, wer denn die Empfänger der Liebesgabe sind. Von konservativer Seite wird ja behauptet, daß die sogenannte Liebesgabe keine Liebesgabe sei; Abg. v. Kardorff hat sogar von einer Strafe gesprochen. Der bayerische Finanzminister bestreitet überhaupt, daß eine Liebesgabe existiert. Der Finanzminister Miquel hat neulich gesagt: ohne Liebesgabe keine Brennerei, ohne Brennerei keine Schlempe, ohne Schlempe keine Viehzucht, ohne Viehzucht kein Dung und ohne Dung keine Landwirtschaft, sondern höchstens Kiefernchönung. Aber vielleicht wäre es doch besser im Osten nur eine Kiefernchönung zu haben als eine Junkerschönung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Agrarier haben ein Interesse zu erfahren, wer denn die eigentlichen Stipendiaten des Liebesgabenfonds sind. Sind es die Großgrundbesitzer des Ostens nicht, oder nicht in vollem Umfange, dann müssen sie uns ja auf den Knien danken, daß wir sie von dem Vorwurf befreien, daß sie aus den Taschen der Steuerzahler 42 Millionen ziehen. Sind sie es doch, so ist

es um so nützlicher, daß das Volk endlich einmal erfährt, daß das Junkertum eine Subvention erhält, die keinem anderen deutschen Staatsbürger in gleicher Weise zu theil wird. Gewiß werden die Junker des Ostens durch die sinkenden Getreide- und Spirituspreise in die Enge getrieben, trotzdem aber ist es etwas Unerhörtes, daß Angehörigen der besitzenden Klassen aus den Taschen der kleinen Leute, der großen Masse der Konsumenten, eine Liebesgabe empfangen. Wir wollen wissen, aus welchen Klassen sich die Subventionsbedürftigen rekrutieren. Wir wissen sehr wohl, daß auch große Aktiengesellschaften und Brennereien, wie die des früheren Ministers Friedenthal, zu den Kostgängern des Reichs gehören. Unsere Forderung ist ja keine neue und die Rechte hat am wenigsten Berechtigung, sich gegen dieselbe zu sträuben. Sie hat in der Börseuquente ein Register der Börsenspekulanten verlangt. Gut. Wir verlangen ein Register der Liebesgabenempfänger, der Schnapsbrenner. Diese Zusammenstellung würde dem Reich höchstens 400 M. kosten und sehr geringe Mühe machen. Glauben Sie nicht, daß wir dieses Verzeichnis als eine schwarze Liste auffassen, es handelt sich um einen Wunsch von hoher sozialer Bedeutung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf die Liebesgaben geht eingegangen, will ich dem Hause ersparen. Es läßt sich ganz leicht berechnen, wie theuer ein Zentner Kartoffel verwerthet wird und welcher Fortschritt der Kultur eintreten würde, wenn der Kartoffelbau nachlassen würde. (Zurufe der Sozialdemokraten: Der reine Agrarier!) Ja gewiß, in dieser Beziehung bin ich Agrarier. (Lebhafter Beifall rechts.) Eine Nachweisung über die Höhe der Kontingente und wie sie sich auf die einzelnen Provinzen vertheilen, ist auf Anregung des Abg. v. B. 1890/91 von uns veröffentlicht worden und wir sind gern bereit, dieses Verzeichnis bis auf die Gegenwart fortgeführt, Ihnen vorzulegen. Der Antrag Schoenlant will aber nicht allein einen Abreißender der Kontingenthaber, sondern eine Proskriptionsliste (Zustimmung), er ist also nicht von hoher sozialpolitischer, sondern von hoher agitatorischer Bedeutung. Ein innerer Zusammenhang zwischen dem Einkommen eines Gewerbetreibenden und dem Gewinn besteht nicht. Man kann ein sehr hohes Einkommen haben und doch sehr schlechte Nettoerträge aus dem Gewerbe ziehen. Hier liegt ein Versuch vor, in die Erwerbsverhältnisse des Einzelnen einzudringen, wie man ihn zum Beispiel bei der Tabaksteuer ganz energisch zurückgewiesen hat. Die verbündeten Regierungen werden auf den Antrag Schoenlant nicht eingehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: Die Liebesgabe ist durchaus keine Bevorzugung des Gewerbes der Branntweinbrennerei. Die Branntweinbrennerei ist kontingentirt; jeder, der über das Kontingent hinaus brennt, muß eine Strafe zahlen. Es wird nöthig sein, daß Befehl umzuändern, damit endlich einmal die Angriffe aufgehört.

Abg. Schoenlant (Soz.): Ich hätte nur gewünscht, daß der Staatssekretär dagewesen wäre, als die Rühmänner im Bunde mit der Polizei und der Staatsverwaltung mit ihren schwarzen Listen auftraten. Eine schwarze Liste ist gar nicht vorhanden. Herr v. Kardorff meinte ja, die Liebesgabe sei eine Strafe. Wir wollen wissen, wer die Empfänger der Staatskassen sind. Bei der Tabaksteuer handelte es sich darum, daß die Fabrikanten bezahlen sollten. Wir wollen aber wissen, wer hier das Geld empfängt.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der süddeutschen Volkspartei, der freisinnigen Volkspartei, der meisten Mitglieder der freisinnigen Vereinigung und der Antisemiten abgelehnt.

Die Branntweinsteuer wird genehmigt, ebenso die Brauksteuer und die Einnahmen aus den Auerfen.

Aus dem Etat des Reichsamts des Innern restirt noch der Titel für das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I.; der Etat setzt dafür 1 100 000 M. als erste Rate aus.

Die Kommission beantragt durch ihren Referenten Abg. Limburg-Stirum, den Titel in folgender Fassung zu bewilligen: Einmalige Bewilligung von 4 Millionen Mark zur Errichtung eines Reiterstandbildes des Kaisers Wilhelm I. in Berlin, erste Rate 1 100 000 M.

Der Referent Abg. Graf Limburg-Stirum erstattet über die Kommissionsverhandlungen eingehend Bericht.

Abg. v. Stamm (Rp.): Ich muß bedauern, daß die Kommission nicht die Regierungsvorlage pure angenommen hat.

Abg. Singer (Soz.): Wir stimmen gegen den Antrag der Kommission und gegen die Regierungsvorlage. Wir überlassen den Streit den Parteien, welche ein Bedürfnis nach einem Denkmal empfinden; bei uns liegt ein solches nicht vor. Eine finanzielle Belastung des Volkes durch diese Ausgabe ist jetzt nicht thunlich; denn man mag zu dem Denkmal stehen, wie man will, absolut notwendig ist die Errichtung eines Denkmals nicht. Wenn der Reichstag Abtrüdnisse gemacht hat für den Neubau von Kasernen, die als dringend notwendig bezeichnet waren, um Kasernen zu ersetzen, die einzustürzen drohen, dann giebt es keine Rechtfertigung für ein Denkmal. Vorhin hat Herr v. Kardorff die schlechte Lage der Industrie und der Landwirtschaft angeführt; da müßte er auch jede Mehrbelastung vermeiden. Daß die Enthüllung des Denkmals am hundertjährigen Geburtstag des Kaisers Wilhelm I. erfolgen soll, ist kein zwingender Grund; man kann ja am 22. März 1897 ebenso gut zur Feier dieses Tages den Grundstein legen.

Abg. Richter erklärt im Namen seiner Parteigenossen und der süddeutschen Volkspartei, daß diese dem früheren Beschlusse des Reichstages nicht zugestimmt hätten, aber durch denselben in gewissem Grade gebunden sind, aber nicht in dem Sinne, daß jede Forderung bewilligt werden müßte, sondern eine Prüfung der Forderung sei notwendig. Einer Pauschbewilligung von 4 Millionen würde zugestimmt werden können, wenn die Regierung klipp und klar erklärte, daß sie mit den 4 Millionen auskommen kann und daß ein summarischer Anschlag dafür vorgelegt wird, damit man sich überzeugen kann, daß wirklich ein vollendetes Bauwerk hergestellt wird, welches keine Nachtragsbewilligungen verlangt. Das Denkmal ist gedacht als ein Denkmal der Nation; es muß also aus Mitteln des Reichs hergestellt werden; es muß abgeschlossen werden, daß aus der Chatulle oder von anderer Seite, vielleicht von einem Lotterikomité Gelder zusammen geschossen werden, sodas ein Bau hergestellt wird, welcher zwar dem entspricht, was man an höchster Stelle will, was dem Reichstag aber nicht gefällt. Bis diese Erklärung abgegeben sein wird, wollen die Freunde des Redners in gänzlich ablehnender Haltung verharren. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann selbstverständlich heute keine bestimmte Erklärung darüber abgeben, ob die verbündeten Regierungen dem Beschlusse der Budgetkommission resp. des Hauses zustimmen werden. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß dieser Beschlusse die Zustimmung der verbündeten Regierungen findet, denn dieser Beschlusse entspricht der bisherigen Haltung des Reichstags in der Denkmalfrage. Kommt der Bundesrath zu der Ueberzeugung, daß die Herstellung eines solchen Denkmals innerhalb jener Summe möglich ist, so wird er durch Ihren Beschlusse ermächtigt, unverzüglich mit der Weiterführung des Werkes vorzugehen, kommt er zu der Ueberzeugung, daß jene Summe nicht ausreicht, so wird er erneute Vorschläge machen müssen, natürlich unter Festhaltung der durch den früheren Beschlusse des Reichstags gewonnenen Grundlage. Freudig würde

allerdings der Bundesrath Ihrem Beschlusse nicht zustimmen, denn er hat einem Projekt zugestimmt, welches 8 Millionen kosten soll. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei, daß man sich jeder Kritik über den Entwurf enthalten und die Konsequenz des 1890er Beschlusses ziehen müsse, finde ich korrekt, wenn aber diese Partei ihr ablehnendes Votum mit der augenblicklichen Finanzlage und damit motivirt, daß der Reichstag sich ja nicht an eine bestimmte Frist bei der Ausführung des Denkmals gebunden habe, so meine ich, wenn der Reichstag einmal beschlossen hat, dem verewigten Kaiser ein Denkmal zu setzen, es nicht wohl angeht, die Ausführung dieses Beschlusses ohne zwingende Gründe hinauszuschieben.

Abg. v. Mantuffel (Dl.) erklärt sich namens seiner Freunde für den Antrag der Kommission, obgleich seine Freunde es lieber gesehen hätten, daß eine höhere Summe bewilligt worden wäre. Mit Herrn Singer könne man nicht über seine Gefühle für den verewigten Kaiser streiten. Auf der rechten Seite des Hauses werde aber einbellig die Notwendigkeit empfunden, die Gefühle des Dankes zu bezeugen für den verewigten Kaiser.

Abg. Singer (Soz.): Wenn sonst jemand eine Dankspflicht zu erfüllen hat, so thut er das auf eigene Kosten. (Große Unruhe rechts; Auf rechts: Hui! Auf links: Das wäre einmal patriotisch!) Der Herr Staatssekretär meinte, daß die Finanzlage nicht ein geeigneter Grund für die Ablehnung sei. Diese Finanzlage ist aber nicht der einzige Grund, der für uns maßgebend ist. Wir sind grundfänglich gegen die Denkmalerrichtung gemessen und haben keine Veranlassung, uns jetzt gegen die Einzelheiten des Denkmals zu kümmern. Wir würden uns gegen jedes Denkmal erklären, auch wenn das Land im Gelde schwämme. (Unruhe.)

Abg. Richter: Die Erklärung des Herrn von Bötticher im Plenum ist nicht bestimmter gewesen als die in der Budgetkommission. Wir wollen keine Kritik an dem neuen Projekt üben, sondern wir wollen uns nur überzeugen, daß es sich bei dem Projekt um etwas abgeschlossenes handelt und nicht um eine Anzahlung, die man bei veränderter Konjunktur sich voll zahlen läßt.

Abg. von Bennigsen (natl.): Das Denkmal für den ersten Kaiser zu errichten ist eine Pflicht der Dankbarkeit der Nation. Wenn die Sozialdemokraten sich dieser Pflicht jetzt grundsächlich entziehen, so ist das eine offene Erklärung der Stellung, welche sie der Monarchie gegenüber einnehmen. Es ist sehr wünschenswerth, diese Stellungnahme zu erfahren. (Zuruf links: Die ist sehr alt!) Aber wenn Sie glauben, daß Sie dabei die Millionen der Arbeiter hinter sich haben, so befinden Sie sich im Irrthum. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Arbeiter auch sonst zur Sozialdemokratie neigen mögen, eine solche Erklärung werden sie doch nicht unterschreiben wollen. Namens meiner Freunde erkläre ich mich für die Annahme des Kommissionsantrages.

Abg. Lieber (B.): Ich kann nur meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß täglich klarer wird, welche tiefe Kluft das übrige Haus von der äußersten Linken scheidet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es wird das immer mehr dazu beitragen, weite Kreise des Volks vor dem Einfluß der Herren sicher zu stellen. (Lachen links; Zuruf: Ausnahmefähigkeit!) Aber wir können das tiefe Bedauern nicht unterdrücken, daß das Andenken des Kaisers Wilhelm I. Anlaß gegeben hat, daß im deutschen Reichstage solche Dinge vorgebracht wurden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir haben nicht angefangen!) Wir streiten mit den Herren nicht, wir legen uns Beschänkung auf und legen nur Verwahrung ein gegen die gefährlichen Ansichten. Wir werden für die vier Millionen stimmen.

Abg. von Mantuffel: Ich verweise Herrn Singer, der da meinte, daß wir das Denkmal auch bezahlen sollten, auf Herrn Richter, der ausgeführt hat, daß lediglich das Reich das Denkmal bezahlen solle. National waren die Gedanken des Herrn Singer nicht, sie waren international. Wenn Herr Singer für ein Fürstendenkmal kein Geld bewilligen will, weshalb verbirgt er sich denn hinter dem Mangel an Geld. Ihre Ausführungen werden im Volke wohl allseitig richtig verstanden werden! (Zuruf der Sozialdemokraten: Das hoffen wir auch!)

Abg. Bebel (Soz.): Herr v. Bennigsen meinte, es sei sehr gut, daß diese Dinge heute zum Ausdruck gelangten, innerhalb der Arbeiterklasse würden wir keinen Beifall mit unseren Ausführungen finden. Die deutsche Arbeiterklasse ist über unsere prinzipiellen Bestrebungen niemals im Dunkel geblieben, wir haben aus unserer antimonarchischen, republikanischen Bestimmung niemals das geringste Hehl gemacht, ebensowenig aus unserer sozialistischen Gesinnung. Die Endziele des Sozialismus sind überhaupt ohne den Republikanismus nicht zu erreichen. (Sehr gut! rechts.) Wir wissen vollkommen, was wir thun, und wenn Sie meinen, daß Sie uns mit Ihren Hinweisen bei den breiten Massen des Volks auch nur ein schwaches Boden abgraben, täuschen Sie sich ganz gewaltig. Wenn Ideen in den breiten Massen Anklang finden, sind es die, die wir hier vertreten. Abg. Lieber konstatierte heute die tiefe Kluft zwischen der äußersten Linken und der Mehrheit des Hauses. Wie haben sich die Herren vom Zentrum bisher so über uns täuschen können. In den großen Zukunftsstaaten. Debatten im vorigen Jahre, welche aus der Mitte des Zentrums hervorgerufen waren, haben wir unseren Standpunkt nach allen Richtungen hin deutlich dargelegt. Nur aus Mangel an Gedächtniß tappen Sie über unsere Bestrebungen im Dunkel. Aber auch wenn wir auf dem Boden der Monarchie ständen, würde es sich fragen, ob wir für den gegenwärtigen Fall für die verstorbene Persönlichkeit das Denkmal zu bewilligen hätten. Daß wir derjenigen Persönlichkeit, die 12 Jahre lang das Sozialistengesetz über uns gebracht hat, kein Denkmal setzen, verneint sich von selbst. (Lebhafter Beifall links, Fischen und Psuirufe rechts.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Die Sozialdemokraten scheinen doch sehr wenig von den Imponderabilien der Volkseele zu verstehen, die zwar schwer zu erwägen sind, aber doch schwer in die Waagschale fallen. Die Sozialdemokraten werden es bald am eigenen Leibe erleben, daß die große Mehrheit des Volkes monarchisch ist, daß es ihnen, die international sind und sich aus der goldenen Internationale ihre Führer geholt haben, nicht folgt. (Zustimmung rechts.)

Darauf wird der Titel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei, der süddeutschen Volkspartei und einiger Antisemiten angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die Bewilligung für „Ersatz Halle“ im Marine-Etat, die wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses am Freitag ergebnislos war.

Die Abstimmung wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte vorgenommen, ihr Ergebnis ist zweifelhaft, es wird gezählt. Die Forderung wird mit 157 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Für die Forderung stimmen die Nationalliberalen, die große Mehrheit des Zentrums und der Konservativen, sowie die Polen; gegen die Forderung stimmen die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, die beiden freisinnigen Gruppen, die Antisemiten, mehrere Mitglieder des Zentrums und die Konservativen v. Malgahn, Hapden, v. Bloch, v. Langen, v. Buddenbrock, Sacke, v. Dalwig, Hauffe-Dahlen und Will.

Damit ist der Etat der Marine erledigt. Es folgen die referirenden Kapitel des Etats des Reichs, sch a m s, welche ebenfalls ohne Debatte genehmigt werden. Hierzu liegt folgende Resolution der Budgetkommission vor:

den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß auf die Reichsbeamten derjenigen Beamtenklassen, für welche im Etat 1894/95 die Einführung des Systems der Dienst-Altersstufen vorgesehen ist, bis zum Inkrafttreten dieses Systems die bisherigen Grundzüge über die Gehaltsbeförderung unverändert zur Anwendung gebracht werden.

Nachdem Abg. Hören (Z.) einige Fälle, in denen Häuten vorgekommen sind, vorgelesen hatte, erklärte Reichskanzler Graf Posadowski, daß es sich dabei um scheinbare Häuten handele, die beim Uebergangsstadium vorkommen könnten.

Die Abgg. Müller-Sagan (Fr. Sp.) und Hammacher (nfl.) treten für die Annahme der Resolution ein, welche darauf angenommen wird.

Genehmigt wird ferner die achte Rate von 1 000 000 M. für das Reichsgericht-Gebäude in Leipzig und der Etat der Reichsjustizverwaltung, bei welchem 580 000 M. Ausgaben zur Vergütung von Schachanweisungen gestrichen werden.

Beim Etat des Bankwesens weist Abg. Graf Mirbach darauf hin, daß das neue Reichsbankgesetz 8 1/2 Millionen Mark weniger für die Reichskasse ergeben hat in den letzten beiden Jahren, als bei dem Zustand, den er und seine Freunde herbeiführen wollten; die Aktionäre hätten statt 6 1/2, diesmal 7 1/2 pCt. Dividende erhalten.

Abg. Hammacher (nfl.) regt wieder einmal an, daß die Bank den Bestand ihres Geldvorraths in Gold und Silber publizieren möge; die Bank brauche eine solche Veröffentlichung nicht zu scheuen.

Staatssekretär Graf Posadowski erklärt, daß die Silberkommission das auch angeregt habe; es schweben aber noch Erwägungen darüber.

Der Banketat wird genehmigt, ebenso die bayrische Quote, die Erstattung für aus Landesmitteln errichtete Kasernenbauten, die Ausgaben für die Verordnungsabteilung des deutschen Eisenbahnbüros, der besondere Beitrag für Elbaf-Vorbringen, die Zinsen aus belegten Reichsgeldern, die Einnahmen aus der Veräußerung ehemaliger Festungsterrains, die Matritularbeiträge und die Anleihen.

Darauf wird auch das Staatsgesetz und das Anleihegesetz vorbehaltlich der kalkulatorischen Feststellung genehmigt.

Damit ist die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats beendet.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Aenderung des Zolltarifgesetzes von 1879 (Aufhebung des Identitätsnachweises).

Es liegt hierzu ein Antrag des Abg. v. Wernigsen vor, der von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der freisinnigen Volkspartei, der süddeutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten unterstützt ist; danach sollen die Einfuhrzölle nicht unbedingt zur Zahlung aller Zollfälle verwendet werden dürfen, sondern es soll bestimmt werden, daß der Bundesrath Vorschriften erlassen wird, welche die Verwendung der Einfuhrzölle nach Maßgabe ihres Zollwertes auch zur Begleichung anderer Zollfälle gestatten.

In der Generaldebatte weist Abg. Hausmann (süddeutsche Volksp.) darauf hin, daß dieses Gesetz eine andere Mehrheit findet als der russische Vertrag; deshalb ist auch der preussische Finanzminister für das Gesetz mit einer Wärme eingetreten, welche die Herren von der Rechten bei der Beratung des russischen Handelsvertrages bei ihm nicht ungern vermist haben. (Zustimmung links.)

Nedner hebt hervor, daß er die Befürchtung habe, daß die Zeit bis zur Aufhebung der Staffeltarife noch benutzt wird von der norddeutschen Mülerei, um den Westen mit Benutzung der Aufhebung des Identitätsnachweises mit Mehl zu überschwemmen. Deshalb sollte man beide Dinge nur zu gleicher Zeit aufheben und das Gesetz über die Aufhebung des Identitätsnachweises erst mit dem 1. Juli in Kraft treten lassen. Eine Garantie ist aber nicht gegeben, daß die preussische Regierung die Staffeltarife nicht wieder einführt in Form einer allgemeinen Tarif-Erleichterung. Dann geht es schließlich ebenso wie mit der Erklärung des Reichskanzlers über die Steuer-Vorlagen. Nachdem die Linke wie ein Mann, ja wie ein wahrer Edelmann für den Handelsvertrag eingetreten ist, und zwar ohne jede Klausel kann sie wohl verlangen, daß Süddeutschland gegen eine derartige Schädigung geschützt wird.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Staffeltarife sind eine preussische Einrichtung und der Reichskanzler hat darauf keinen entscheidenden Einfluß. Was den Termin der Aufhebung anbetrifft, so hat der preussische Eisenbahn-Minister erklärt, daß dieselbe spätestens am 1. August, vielleicht aber auch noch zu einem früheren Termin erfolgen könne.

Abg. v. Stumm (Sp.) bleibt dem Abg. Hausmann gegenüber bei seinen früheren Ausführungen stehen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Nach Annahme des russischen Handelsvertrages ist es absolut notwendig, den Identitätsnachweis aufzuheben, um der Landwirtschaft zu helfen gegenüber dem Preisdruck, den die Einfuhr russischen Getreides hervorrufen wird, dadurch daß man ihr den alten überseeischen Markt wieder verschafft.

Abg. Graf Schwerin (nl.): Ich empfehle die Annahme des Gesetzes, weil es sowohl dem Handel als auch der Landwirtschaft, wenn auch beiden in verschiedenem Maße, Vortheil und niemandem irgend welchen Schaden bringt.

Abg. Graf Limburg-Sturion: Meine Parteifreunde im Landtag sind über diese Maßregel getheilte Ansicht, aber uns Alle hat es gleichmäßig unangenehm berührt, daß man beide Dinge verquickt hat, denn wir wußten sehr gut, daß die preussische Regierung an sich nicht geneigt war die Staffeltarife aufzuheben und wir bedauern, daß sie sich mit Rücksicht auf diese Verhandlungen zur Aufhebung der Staffeltarife hat drängen lassen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe nur erklärt, daß ich aus einer Unterredung mit den preussischen Ministern der öffentlichen Arbeiten die Ueberzeugung geschöpft habe, daß es sich seiner Ansicht nach werde ermöglichen lassen, die Staffeltarife früher aufzuheben als am 1. September.

Abg. Camp (Sp.) stimmt dem Staatssekretär v. Bötticher vollständig darin bei, daß die Mühlenindustrie besonders Interesse daran hätte, genau zu wissen, wann die Staffeltarife aufhören.

Abg. Hausmann: Die Mühlenindustrie des Ostens und Nordens legt einen Werth darauf, daß die Staffeltarife länger aufrecht erhalten werden als seitens der Regierung jetzt in Aussicht gestellt wird.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (nl.) bleibt dabei, daß in bezug auf die Staffeltarife die preussische Regierung dem Druck der Reichsregierung gefolgt sei.

Staatssekretär v. Bötticher verweist auf die Erklärung des preussischen Eisenbahnministers im Abgeordnetenhaus. Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion empfiehlt

Abg. v. Wernigsen den von ihm gestellten Antrag.

Staatssekretär Graf Posadowski verweist auf seine Ausführungen in der zweiten Lesung; über die Annahme des Antrages könne er keine Äußerung thun, da es Sache des Bundesrathes sein würde, darüber Beschluß zu fassen.

Der Antrag v. Wernigsen wird darauf angenommen. Der Beschluß der zweiten Lesung, daß das Gesetz am 1. Mai 1894 in Kraft treten soll, wird ebenfalls bestätigt und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen.

Es liegt nunmehr noch folgende Resolution der Abgeordneten v. Puttkamer-Plauth und Gen. vor: Dem Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht entweder die gemischten Privat-Transitlager von den in Art. 9 des Zolltarifgesetzes aufgeführten Waren (Getreide u. f. w.) ohne amtlichen Mitverhältnis, welche in erwerbend spekulativen Zwecken zum Schaden

der Inlandspreise dienen, sowie die auf Grund des Gesetzes vom 27. Juni 1882 den Inhabern von Mühlen bei der Ausfuhr ihrer Fabrikate gewährte Zollererleichterung ganz oder theilweise aufzuheben sind oder der in beiden Fällen mit der Begünstigung verbundene Zolkkredit zu beschränken ist.

Nach der Erklärung des Reichs-Schatzsekretärs verzichtet Abg. v. Puttkamer auf die Begründung der Resolution, während Abg. Ricker meint, daß die Zurückziehung derselben angezeigt gewesen wäre.

Abg. Camp (Sp.) glaubt durch die Annahme der Resolution die schwebenden Verhandlungen fördern zu können. Für die Aufhebung der Transitlager führt Nedner eine Petition von Stettiner Getreidemählern aus dem Jahre 1887 an.

Abg. Ricker: Damals handelte es sich darum, daß man die Aufhebung des Identitätsnachweises umgekehrt wie jetzt gestalten wollte; da war eine solche Auffassung berechtigt.

Die Abgg. Hammacher (nfl.) und Lieber (Z.) erklären sich für die Resolution, aber ohne dadurch den Motiven des Abg. Camp zuzustimmen.

Darauf wird die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Dritte Beratung des Etats.)

Lokales.

Etwa 2000 Parteigenossen gaben am Sonntag dem Genossen Paul Müller, der am 8. d. M. verstorben ist, das letzte Geleit. Er wurde auf dem Jakobikirchhof in Nixdorf beigesetzt. Für den sozialdemokratischen Wahlverein des 2. Wahlkreises, dessen Vorstand M. in letzter Zeit angehörte, legte der Vorsitzende, für die Parteigenossen des 2. Kreises der Vertrauensmann derselben einen Kranz mit der üblichen Schleife am Grabe nieder. Kränze widmeten dem Verstorbenen u. a. die Krankenkasse der Tapezierer, seine Gewerkschaft, seine Kollegen aus der Fabrik, in welcher er zuletzt arbeitete und seine „engeren“ Freunde und Genossen. Müller gehörte schon unter dem für die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz geschaffenen Ausnahmezustand zu denen, welche stets dabei waren, wenn es galt, „etwas auszusprechen“. — — — Der Leichenzug bewegte sich ohne jede Störung vom Krankenhaus nach dem „Gottesacker“; Politiken ließen sich, von einigen, am Krankenhaus zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ postierten Schutzleuten abgesehen, nicht blicken.

Schwarzweiß ist die preussische Nationalfarbe, welche das Herz aller Nordpatrioten in höhere Schwingungen versetzt. In den Nordpatrioten gehören unbedingt auch die Herren Droschkenbesitzer. Ihrer Schwärmerei für das „Schwarz-Weiß“ ist in eigenartiger Weise Rechnung getragen worden durch Verbindung von „Schwarzen Rissen“ und „Weißladisten“. Ja, das „Konversations-Vergil“ der Taxameter-Droschkenbesitzer, wie die „Schwarze Liste“ von den Kutschern gekauft worden, ist erschienen. Das auch die Droschkenbesitzer hinter anderen „Protogebirn“ nicht zurückbleiben wollen, ist begreiflich und sind sie dies ihrem Patriotismus schuldig. Augenscheinlich ist ihnen der Polzeiführer über die Kutscher in dem letzten „Huttreif“ gewaltig zu Kopf gestiegen, sie „fühlen sich“ und glauben, den Kutschern jetzt voll ihre Macht fühlen lassen zu können und haben in ihrem Uebermuthe sich „Schwarze Listen“ anfertigen lassen, die allerdings nur den Werth einer Karikatur besitzen, aber dem Dünkel der Führer des Schmiedeln und — weiter hat es keinen Zweck! Das kuriose Anekdoten, welches natürlich — nach berühmten Mustern! — „geheim“ ist und allen Taxameter-Droschken-Besitzern und solchen, die es werden wollen, zugestellt ist, führt den Titel: „Verzeichniß der am 1. August 1894 be-theiligt gewesenen Kutscher.“ Um das Ganze noch wirkungsvoller zu gestalten, sind einzelne Kutscher — ebenfalls nach berühmten Mustern! — durch drei Sterne ausgezeichnet worden, was bedeuten soll, daß die also Ausgezeichneten „zu ganz besonderen Bemerkungen Anlaß geben“. Ganz abgesehen davon, daß das Nachwerk durchaus unzuverlässig, ungenau und unvollkommen ist, so erscheint dieses „Verilox“ auch durchaus überflüssig, denn ebenso, wie die Kutscher mangelhaft ihre Pappenhemer unter den Führern kennen, so ist dies auch umgekehrt der Fall. Die Herausgabe dieser schwarzen Liste ist von einer Seite erfolgt, die an dem Bestehen und der weiteren Verbreitung des Taxameterapparates das größte geschäftliche Interesse hat und stellt sich gewissermaßen als ein kleiner „Geschäftskreis“ dar. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft und es ist immer gut, den Droschken-Besitzern den Glauben zu erhalten, daß man leblich auf deren Wohlwollen bedacht ist. Den Droschkenbesitzern ist aber unweigerlich das Studium des „geheimen“ Nachwerks zu empfehlen. Sie werden daraufhin ihre Kutscher etwas näher ansehen und dabei im Auge behalten, daß mit den „Verzeichneten“ und insbesondere mit den „Vetteraten“ unter Umständen nicht gut Kirschen zu essen ist und sich diese von den „Herren“ nicht alles bieten lassen.

Tarf die städtische Verwaltung die von ihr bei der Straßen- und Hausfeinreinigung beschäftigten Arbeiter ohne vorherige Kündigung entlassen? Diese Frage brachte der Stadt-Singer im Staats-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache, indem er darauf hinwies, daß diese durch die Gewerbe-Ordnung dem Arbeiter gewährten Rechte siehe. Wenn nun auch der Magistrat befreit, Gewerbetreibender im Sinne der Gewerbe-Ordnung zu sein, da er aus diesen Betrieben keinen Ueberschuß für die städtische Verwaltung erziele, so sei er doch jedenfalls moralisch verpflichtet, den von ihm beschäftigten Arbeitern die Vortheile zugänglich zu machen, die ihnen durch die Gesetzgebung zugesprochen sind. Mit Recht würde ein Privatunternehmer sich dem schärfsten Tadel aussetzen, wenn er, geführt auf einen noch zweifelhaften Rechtsanspruch, sich anmaßte, seine Arbeiter zu jeder Stunde entlassen zu können. Einem derartigen Tadel dürfe die Stadtverwaltung sich nicht aussetzen und müsse deshalb darauf gedrungen werden, eine gegenseitige Kündigungsfrist auch für diejenigen städtischen Arbeiter festzusetzen, die nicht, wenigstens nicht nach Ansicht des Magistrats, der Gewerbe-Ordnung unterstehen.

Gegen Spione oder gegen Radiechschamane? Für das Kriegsministerium ist die Bestimmung erfolgt, daß ein Jeder, welcher nicht direkt im Ministerium angestellt ist, durch eine Militär-Ordnung zu begleiten ist und zu seinem angegebenen Ziel begleitet wird. Die Ordnung wird durch den Kastellan herbeigerufen. Früher suchte man sich belamlich selbst das Zimmer des betreffenden Herrn auf, den man zu sprechen wünschte.

Verkürzte Sonntagsruhe am Palmsonntag. Am nächsten Sonntag ist der Betrieb in allen Geschäften, mit Ausnahme der Bankgeschäfte von 7 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 6 Uhr Nachmittags gestatt.

Die Spandauer Biersteuer. Die städtischen Aeperschaften in Spandau hatten vor ungefähr neun Monaten die Einführung einer kommunalen Biersteuer beschlossen. Es sollte das im Stadtbezirk gebraute Bier mit 45 Pf., das von außerhalb eingeführte Bier mit 65 Pf. pro Hektoliter besteuert werden. Diesem Biersteuer-Regulativ ist aber jetzt auf Grund eines Gutachtens des Provinzial-Steuerdirektors von der Regierung die Zustimmung verweigert worden, weil eine verschiedenartige Besteuerung der ortsanfässigen Brauer zum Nachtheil der auswärtigen Brauer nicht angängig sei. Der Stadtverwaltung ist anheimgegeben worden, das Regulativ entsprechend umzuändern und es dann von neuem zur Genehmigung einzubringen.

Aus Spandau wird uns über das auch dort herrschende Hauptgeschäft geschrieben: Die Arbeitslosigkeit nimmt hier an Ort hauptsächlich im Baugewerbe einen immer größeren Umfang an. Zum Ueberflus sind nun auch in den Militärwerkstätten in der letzten Zeit Arbeiter der verschiedenen Branchen entlassen resp. gefündigt worden. Der Nothstand unter der Arbeiterschaft hat dabei eine bedenkliche Höhe erreicht. In Gruppen stehen die dürftig gekleideten bleichen Gestalten auf Straßen und Plätzen und spähen nach Arbeit umher. So versammelten sich an einem der letzten Vormittage ca. 150 Arbeitslose auf dem Marktplatz vor dem Rathhause in der Absicht, dem Magistrat ihre Lage vorzutragen und Arbeit zu fordern. Die Polizei verwehrte jedoch den Einlaß und man gab den Arbeitern den Rath, eine Versammlung abzuhalten und dann den Magistrat schriftlich oder sonstwie ihre Wünsche vorzutragen. Die Versammelten gingen dann auch ruhig auseinander.

Am Montag, so wird uns weiter mitgeteilt, zog in den Vormittagsstunden ein Trupp von mehreren hundert Arbeitslosen ernst und ruhig durch die Hauptstraßen der Stadt. Gefolgt von Polizeimannschaften nahmen die Demonstranten ihren Weg nach den Anlagen der alten Festungswerke, wo dieselben den Entschluß faßten, zum Montag, den 19. d. Mts., eine Versammlung der Arbeitslosen einzuberufen, um ihre Forderungen zu formulieren. Die Menge ging dann ruhig auseinander. Bei der hiesigen Bürgererschaft haben diese Vorgänge der beiden Tage einen tiefen Eindruck hervorgebracht. Die Polizeibeamten verhielten sich im allgemeinen sehr zurückhaltend.

Die Behnmarks-Briefschweverer, vom alten Dom, über welchen neuesten Reklameartikel wir kürzlich berichteten, dienen nicht allein der „Heimath für junge Mädchen und Frauen gebildeter Stände“ zum klingenden Wortweil, sondern sie haben, wie wir erfahren, auch den Arbeitern, welche diese Dinger anzufertigen hatten, soviel Heil gebracht, daß beinahe von einem „Gotteslob“ die Rede sein kann. Uns wird geschrieben: Die Briefschweverer wurden seiner Zeit bei den Firmen Schleicher, Lehrterstraße, und G. Hind, Blücherstr. 2 angestellt. Entsprechend dem Preise von 10 Mark war auch der Arbeitslohn ein horrender, denn es gab für ein Stück an Dauer- und Schleiserlohn sage und schreibe baare 80 Reichs-Pfennige. Die christliche Roblesse, welche in dieser Beziehung liegt, wird dem Laien erst zu Gemüthe geführt, wenn er erfährt, daß Dauer und Schleifer an einem solchen Stein nur drei Stunden zu arbeiten brauchen.

Es zeigt sich an diesem Fall, daß die prononzierten Vertreter der Ehrlichkeit nicht allein in der Reklame, sondern auch in der Entlohnung der Arbeiter es erfolgreich mit den jüdischen Geschäftsleuten aufnehmen können.

Aus dem Fenster eines Krankenhauses sprang am Montag während eines Fieberanfalles der 26 Jahre alte Arbeiter Albert Krüger. Er zog sich einen Schädelbruch zu und starb am demselben Tage.

In der Krankheit anscheinend gefallen ist am Dienstag Nachmittag gegen 5 Uhr ein Mann, der nach Ausweis eines bei ihm vorgefundenen Krankenbuchs den Namen Wandel führt und aus Eldersdorf stammt. Er wurde vor dem Hause Zimmerstr. 21 mit einer schweren Kopfwunde an der linken Kopfsseite aufgefunden und durch einen Schutzmännern zunächst nach der Sanitäts-wache in derselben Straße gebracht. Dort ergab sich, daß die Verletzung so schwerer Natur war, daß er nach der Klinik in der Ziegelstraße geschafft werden mußte.

Arbeiterfreundlichkeit. Die landwirtschaftliche Arbeiter-noth, von der unsere Junker des Langen und Breiten fesseln, erhält eine treffliche Beleuchtung durch einen Fall, der vor einigen Tagen auf dem Rittergut Lichtenberg passirt ist. Ein Arbeiter fragte dort um Beschäftigung an. Der Inspektor antwortete ihm: „Wie alt sind Sie denn?“ „Fünfundfünfzig Jahre.“ „Dann kann ich Sie nicht gebrauchen, wir nehmen nur junge Leute.“ Was bleibt dem armen Mann, der seit Weihnachten arbeitslos ist, schließlich anders übrig, als sich und seine Familie aufzuküpfeln? Das Götische Scherzwort „In einer dreißig Jahre vorüber, so ist er schon so gut wie todt“ erhält unter der Herrschaft des Kapitalismus eine eigenartig schreckliche, vom Dichter gewiß nicht geahnte Bedeutung.

Eine Spielhölle entdeckte die Polizei am Dienstag in einem Budikereller in der Schmidstraße. Fünf Rummelblättchenpieler wurden dingst gemacht.

Einen Selbstmordversuch unternahm am Montag Abend zwischen 6 und 7 Uhr ein junger Mann während der Fahrt auf der Ringbahn zwischen den Stationen Bestend und Charlottenburg. Er gab vier bis fünf Revolvergeschosse auf sich ab, welche alle sämmtlich ihr Ziel verfehlten. Da in den Wagen der Ringbahn keine Nothbremsen geführt werden, konnte man den Selbstmörder erst auf der Station Charlottenburg der Bahn-polizei übergeben.

Eine Gasexplosion fand am Mittwoch Morgen in dem Hause Spandauer Brücke Nr. 2 etwa gegen 11 Uhr statt. Im Parterre des linken Seitenflügel waren Arbeiter mit Reparaturen beschäftigt. Da sich nun ein Gasgeruch bemerkbar machte, zündete einer der Arbeiter ein Streichholz an, um die verdächtige Stelle des Entstromens etwaiger Gase aufzusuchen. Kaum jedoch hatte er dasselbe entzündet, als mit einem Male ein gewaltiger Knall erfolgte, der sämmtlichen Fensterscheiben den Garaus machte. Leider wurde dabei der oben erwähnte Arbeiter schwer verletzt; außer einigen Brandwunden erlitt derselbe schwere Hautabschürfungen, außerdem wurden dem Unglücklichen sämmtliche Haare abgefengt, sodasß dessen Ueberführung zur Charitee sofort angeordnet wurde. Nicht viel besser erging es einem Bauern, der durch den gewaltigen Druck mit dem Kopf in eine Fensterscheibe geschleudert wurde, und ebenfalls erhebliche Verletzungen dadurch erlitt. Auch andere Hausbewohner sind in größerer Zahl durch Glassplitter, die sogar bis auf die andere Seite des Straßenpflasters flogen und hier ebenfalls noch Scheiben zertrümmerten, verletzt worden. Das durch das Anzünden des Streichholzes entstandene Feuer wurde durch die schnell herbeigerufenen Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht, doch macht die Stelle jener Katastrophe einen trostlosen Anblick.

Am Sonntag sind die Wärmehäfen am Alexanderplatz geschlossen worden. Es haben in der letzten Zeit „nur“ 800 bis 1000 Personen täglich dort zugebracht.

Den Affen hat wieder einmal Unrecht, wenn er behauptet, es ist Alles schon dagewesen. Wenigstens glauben wir nicht, das es schon dagewesen ist, daß ein Vorsteher einer Stadtverordnetenversammlung wie der von Oberberg in der Markt, den Paragrafen der Geschäftsordnung, der bestimmt, daß Anträge auf Schluß der Debatte sofort zur Abstimmung kommen müssen, dahin auslegt, daß dies auch geschehen muß, während ein Nedner spricht und daß, wird der Antrag angenommen, der Nedner nicht weiter sprechen darf.

Noch bewundernswürdiger ist es aber, daß mit dieser Handhabung der Geschäftsordnung auch die Stadtverordnetenversammlung einverstanden ist. Erstaunlich ist eine derartige Handhabung, die jeder parlamentarischen Ordnung in's Gesicht schlägt, verständlich wird sie aber, wenn man erfährt, daß in diesem Fall ein sozialdemokratischer Stadtverordneter der leidende Theil war.

In Pankow wurden bei der vor einigen Tagen dort stattgehabten Erbschaft zur Gemeindevetretung die drei in Frage stehenden Sitze im zweiten Bezirk, welche schon früher sozialdemokratisch vertreten waren, Regrecht behauptet. An Stelle eines seit längerer Zeit vorjogenen Gemeindevetreters wurde der Genosse Gustav W o j a h n in den Gemeinderath gewählt.

Ein Vertragschwinder, der Tischler Julius Stowron ist festgenommen worden. Er nannte sich Stowron und hat sich

Dienstmädchen ausgesucht, denen er ihre Barschaft abschwindelte. Zuweilen gab er sich für einen Eisenbahnassistenten, zuweilen als Versicherungsinspektor aus. Er ist sehr redigewandt, wodurch ihm sein Schwindel erleichtert wird. Er besaß eine Studentenkarte auf Max Skared aus Bouthen.

Polizeibericht. Am 18. d. M. Nachmittags wurde auf dem Hofe des Grundstücks Zimmerstr. 21 ein Mann mit einer Ansehlichkeit in derselben Halle herrührenden Verletzung am Hinterkopfe aufgefunden und nach der Charité gebracht. — Gegen Abend fiel ein siebenjähriger Knabe auf dem Jahrmarkt in der Schweinmörderstraße von einer Stehleiter, auf die er unbefugterweise geklettert war, herab und erlitt erhebliche Verletzungen am Kopfe. — Im Hause Blücherstr. 82 fand ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Beilage.

Prozess Plad-Schweinhagen. (Dritter Tag.) Nach Eröffnung der Sitzung beginnt die Zeugenvernehmung des Geh. Kommerzienraths Adolf von Hansemann. Derselbe befindet sich im Allgemeinen die Behauptungen des Finanzministers Miquel über dessen Eintritt in die Diskontogesellschaft und seine Thätigkeit in derselben, sowie über die Verhältnisse in der Gesellschaft. Der Vorsitzende verliest den Auszug aus einem an den Zeugen gerichteten Brief des Dr. Miquel. Aus demselben geht hervor, daß dieser schon vorher verschiedene Anregungen zu seinem Austritte aus der Gesellschaft gegeben hatte, die aber dadurch beseitigt wurden, daß Herr Miquel tüchtige Kräfte zur Seite gestellt wurden. Was die Bodenrente-Aktiengesellschaft betreffe, so haben die Verhandlungen zur Bildung derselben schon lange vor Herrn Miquel's Eintritt geschwebt und seien bei diesem Eintritt schon beendet gewesen. Die Behauptung, daß die Zentralbodenrenten-Bank das Publikum bewuchere, sei mindestens „sehr merkwürdig“ und es sei durchaus falsch, daß die Amortisations-Darlehen der Bank das Publikum beeinträchtige. Die Gesellschaft habe sich die größten Verdienste erworben, sie sei von der höchsten wirtschaftlichen Bedeutung geworden und habe dazu beigetragen, den Zinsfuß bei den landwirtschaftlichen Banken herunter zu bringen. Schon die Thatsache, daß der Gesellschaft ein Staatskommissar beigeordnet ist und im Ausschusse Vertreter der Landwirtschaft, wie v. Keller, Dieze u. a. sitzen, schließt es vollkommen aus, daß das Publikum bewuchert werde. (b) Ueber die Transaktionen in Sachen der Rumänischen Eisenbahn stimmt die Darstellung des Zeugen mit den Aussagen des Finanzministers Miquel und der Anlage überein. In die Anlage knüpfen sich wieder längere Ausführungen des Angeklagten Plad, die den Vorsitzenden immer wieder mit den Bemerkungen: „Das gehört gar nicht zur Sache!“, „das interessiert uns nicht im Geringsten!“, „Schweifen Sie nicht ab!“, „Das wissen wir ja alle“, „Darüber ist ja gar kein Streit!“ etc. unterbrochen. Der Angeklagte erklärt zum Schluß aber immer aufs Neue: „Ich habe noch einige Fragen!“ — Angell.: Der Herr Präsident hat einen Kündigungsbrief des Finanzministers Miquel an den Zeugen von Hansemann verlesen. Ist der Brief Original? — Präsi.: Nein, es ist nur Abschrift. — Angell.: Könnte ich wohl erfahren, woher der Brief stammt? — Präsi.: Die Abschrift ist vom Herrn Minister Miquel eingereicht worden. — Angell.: Also von Herrn Miquel? — Erster Staatsanwalt Drechsler: Der Herr Minister hat gestern bekundet, daß er einen Brief dieses Inhalts geschrieben und Herr v. Hansemann hat bekundet, daß er einen Brief dieses Inhalts erhalten hat. Was genügt wohl Jedermann mit Ausnahme des Angeklagten. — Angell.: Nun, der Brief datirt vom Januar 1873, also vor 21 Jahren. — Der Angeklagte macht dann längere Auseinandersetzungen über die rumänischen Eisenbahnen und seine Ansichten über dieselben. — Präsident: Davon steht aber doch gar nichts in Ihrer Broschüre. Hier handelt es sich lediglich um Ihre Broschüre und um die Behauptungen, die Sie dem Finanzminister Miquel zugefügt haben. — Angell.: Ich bin in der Lage, den ganzen Schwindel... — Präsi.: Weichen Sie nur ruhig; das wird sich schon alles ganz leicht aufklären lassen. Mit allgemeinen Redensarten ist nichts gethan. — Der Angeklagte sucht dann in längerer Ausführung seine Behauptung zu erweisen, daß bei der Umwandlung der rumänischen Eisenbahnen in Aktien die Gründer sehr gute Geschäfte gemacht haben. Es handelte sich um eine Differenz von 52 Millionen und 88 Millionen Mark. Die Obligationsbesitzer seien berechtigt gewesen der Aktiengesellschaft beizutreten und die Obligationen in Aktien umzutauschen. Er behauptet, daß auf diese Weise nur 52 Millionen umgetauscht und die übrigen 14 Millionen von den Gründern selbst gezahlt seien. Herr v. Hansemann habe persönlich 800 000 M. und für die Diskontogesellschaft 5 Millionen gezahlt. Herr Miquel habe 100 000 M. gezahlt. — Präsi.: Sie haben gestehen gehört, daß das nicht wahr ist, daß der Herr Zeuge Miquel nichts für sich gezahlt hat. — Angell.: Nachdem Herr Miquel das ausgesagt hat, muß ich es ja glauben. Ich bleibe aber bei meiner Ansicht, daß Herr Miquel persönlich gezahlt hat. Ich bin in der Lage, diese ganze moderne Finanzoperation anzudeuten. — Die 14 Millionen sind gezahlt worden, nachdem die Gesellschaft bereits gebildet worden war; sie mußten baar gezahlt werden, dies ist aber nicht geschehen, vielmehr sind die Obligationen in Aktien und zu ganz niedrigen Kursen aufgetauscht worden. — Zeuge v. Hansemann, der alle diese Ausführungen mit widerholtem Kopfschütteln und mitleidigem Lächeln begleitet hat, bemerkt: „Ich bezweifle nicht, warum der Angeklagte so lange Expektationen macht. Er braucht mich bloß zu fragen, ich bin ja gern bereit zu antworten. Der Angeklagte versteht ja offenbar gar nichts von den Sachen und bewegt sich in Ausdrücken, die... so, ich will lieber schweigen. Der Zeuge giebt dann Auskunft über die einzelnen Stadien der Transaktionen, welche bezüglich der rumänischen Eisenbahnen von der Diskontogesellschaft und den Bankiers ausgeführt worden sind. Bei der Umwandlung habe die rumänische Regierung die Verbindung gestellt, daß ihr die früheren Obligationen zurückgeliefert werden sollten. Als nun die Stammprioritäten ausgeben werden sollten, seien die alten Obligationen nicht alle zur Stelle gewesen. Es sei deshalb ein entsprechendes Kapital zurückgestellt worden. — Angell. Plad: Ich möchte von dem Zeugen erfahren, ob die Diskontogesellschaft nicht mit dem Konsul Müller in Stettin wegen Eintritts in die Diskontogesellschaft in Verbindung getreten sei, bevor mit Dr. Miquel unterhandelt wurde. — Zeuge von Hansemann: Gewiß. Die Verhandlungen zerfaselten sich aber, weil eben Herr Müller Parlamentarier war. Das spricht ja gerade für meine Behauptung, daß die Diskontogesellschaft den Grundlag beobachtete, keine parlamentarische Arbeit in ihrer Aktion zu haben. Nur in betreff des Dr. Miquel ist eine Ausnahme gemacht worden. — Angell. Plad: Giebt der Herr Zeuge zu, daß die Konzeptionierung der neuen Gesellschaft erst fünf Monate später erstellend worden ist, nachdem Herr Miquel bei der Diskontogesellschaft eingetreten war? — Zeuge: Das mag sein, aber die Statuten waren lange vorher eingereicht, bevor Herr Miquel eintrat. — Präsi.: Haben Sie nun noch eine Frage? — Angell. Plad: Gewiß, ich habe noch eine Frage. Ich beantrage, den Beschluß des Konfessionals-Berichtes zu verlesen. Es wird daraus hervorgehen, daß... — Präsi.: Das ist keine Frage. — Angell. Plad: Es ist aber für mich von ungeheurer Wichtigkeit. — Präsi.: Uns nicht, wir halten uns nur an die Broschüre. — Angell. Plad: Ich muß doch bei meinem Antrage beharren.

Bei Gelegenheit weiterer Fragen des Angeklagten Plad, die nach Ansicht des Präsidenten den Gerichtshof nicht interessieren können, und die sich auf Gespräche beziehen, die vor 20 Jahren geführt sein sollen, erklärt Zeuge v. Hansemann erregt:

Wie soll ich denn hier zeigeneidlich über Gespräche etwas ausagen, die ich vor 20 Jahren geführt haben soll? Was sollen denn überhaupt die vielen Fragen? Bin ich denn hier angeklagt oder der Angeklagte? — Vors.: Herr Zeuge, bitte, denken Sie daran, daß sich ein Angeklagter immer in einer läßlichen Lage befindet. Ich bemähe mich schon, alle überflüssigen und nicht zur Sache gehörigen Dinge abzuschneiden. — Auch der Angeklagte Schweinhagen richtet eine ganze Reihe von Fragen an den Zeugen, die auch der Wehrzahl nach von dem Vorsitzenden mit dem Bemerkten zurückgewiesen werden, daß es sich lediglich um die Behauptungen des Finanzministers Miquel handelt, um die Behauptung, daß er sich als Agent des Bankjudenthums unredlicher Weise große Reichthümer erworben hat. — Angell. Schweinhagen: Ich frage den Zeugen: Ist es wahr, daß die Diskontogesellschaft von der Begründung des Invalidentfonds vor dem Erlaß des Gesetzes schon Kenntnis davon gehabt hat, daß derselbe mit Effekten belegt werden sollte und nun die Gelegenheit hatte, zur Belegung vorher Anläufe zu machen. — Präsi.: Das ist wieder eine neue Behauptung. — Zeuge v. Hansemann: Das sind doch alles Dinge, die schon längst in den Parlamenten so vollständig ausgeklärt sind, daß es eine Niederträchtigkeit sonder Gleichen, so etwas hier vorzubringen. — Angell. Schweinhagen: Ich frage den Zeugen, ob die Diskontogesellschaft nicht zur Rothschild-Gruppe gehört? — Zeuge: Ich weiß nicht, was der Herr für Fragen stellt. Ich will sie aber beantworten. Die Rothschild-Gruppe besteht aus österreichisch-ungarischen und deutschen Bankhäusern: der Wiener Firma Rothschild, der österreichischen Kreditanstalt, der österreichischen Bodenrentbank, der ungarischen Kreditbank, der Diskontogesellschaft, Bleichröder und der Darmstädter Bank. — Angell. Schweinhagen: Ich richte die Frage an den Herrn Präsidenten, ob mir im Laufe der Verhandlung endlich einmal Gelegenheit gegeben wird, meine Behauptungen bezüglich der braunschweigischen Bahnen zu beweisen? Ich habe schon in der Schule gelernt, daß, wenn man einen mathematischen Beweis beweisen will, man doch den Lehrsatz erst kennen muß. Bis jetzt ist mir noch nicht Gelegenheit gegeben, die Braunschweiger Vorgänge selbst darzulegen und daran die Beweisführung zu knüpfen. — Präsi.: Wir haben Ihnen durch Vorlegung der Akten des braunschweigischen Landtages gezeigt, wie es bei den Verkaufsverhandlungen in Wietfeldt zugegangen ist. Sie haben selbst gesagt, daß Sie jetzt einsehen, daß Herr Miquel nicht dabei betheiligt war. Sie haben den Herrn Minister brieflich um die Zurücknahme des Strafantrages gebeten... — Angell.: Das steht nicht in dem Briefe! — Präsi.: Dann werden wir den Brief später vorlesen! — Angell.: Ich stelle also fest, daß mir die Beweisführung hier abgeschnitten wird und es mir nicht möglich ist, die Sache selbst klar zu stellen. — Präsi.: Hier handelt es sich lediglich um die Behauptung des Herrn Ministers Miquel. Sie haben die auf diesen bezügliche Thatsache selbst zurückgezo-gen. — Angell.: Ich muß doch aber in der Lage sein, die Thatsachen selbst klar legen zu dürfen. Der Herr Staatsanwalt hat doch behauptet, daß auch objektiv meine Behauptungen unwohl seien. — Staatsanw. Drechsler: Der Angeklagte hat mich gründlich mißverstanden. Ich habe die Meinung ausgesprochen, daß wir auf die objektive Frage, ob die braunschweigische Regierung gelächelt und der preussische Staat geschädigt worden, gar nicht einzugehen haben. Ich halte nur daran fest: Der Angeklagte selbst selbst die Unwahrheit seiner Behauptung zu, daß der Herr Minister die Täuschung und Schädigung mit vorgenommen hat! — Angeklagter Plad will den Zeugen noch befragen wissen, ob die Vorgänge bei der Dortmunder Union u. s. w. in seiner Broschüre nicht richtig geschildert seien. — v. Hansemann (erregt): Ich habe Ihre Broschüre nie gelesen. Das hieße mir gerade ein, solche literarische Nachwerke zu lesen! — Angell. Plad fragt weiter, ob nicht die Diskontogesellschaft alle Aktien der Heinrichshütte besaß, als die Zusammenlegung mit der Dortmunder Union erfolgte? — v. Hansemann: Darüber sind doch seinerzeit alle Urkunden veröffentlicht worden. Wenn Angeklagter Beweise für seine krassen Behauptungen braucht, dann soll er sich doch das Material beschaffen. Dazu bin ich doch nicht da! Das sind doch alles keine Fragen, das sind Reden, die in Adau-Verhandlungen vorkommen. — Herr v. Hansemann bittet nach Beendigung seiner Vernehmung um seine Entlassung. Er wird jedoch nur bis Donnerstag früh verurteilt, da der Angeklagte erklärt, daß er „vielleicht doch noch einige Fragen“ habe.

Als nächster Zeuge wird der frühere Direktor der Rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Otermann, vernommen. Er hat bei der Umwandlung der Gesellschaft mit der Diskontogesellschaft Unterhandlungen wegen Hergabe der Vorschüsse gepflogen, welche gegen 6 pSt. Zinsen und 2 pSt. Provision gewährt wurden. Vom 20. bis 28. November 1872 wurden die neuen Rumänischen Eisenbahn-Prioritätsaktien von der Diskontogesellschaft und dem Bankhause Bleichröder zum Gesamtbetrage von 90 700 000 Thalern aufgelegt. Das Publikum habe etwas über 9 Millionen Thaler gezahlt, ein Konjunktur und die Diskontogesellschaft hätten je etwas über drei Millionen übernommen, den Rest habe die Rumänische Eisenbahn-Aktiengesellschaft behalten müssen. Ob die Diskontogesellschaft auch für diese von ihr erworbenen Aktien sich eine Provision berechnete, vermag der Zeuge nicht zu sagen, aus dem Kontext geht es nicht hervor. Der Zeuge hält es aber kaum für möglich.

Widerrechtlicher Löpfer begutachtet, daß die Diskontogesellschaft zwar eine Provision geltend gemacht habe, dieselbe sei ihr aber nicht in baar, sondern dadurch gewährt worden, daß die von ihr übernommenen Aktien zu einem etwas billigeren Kurse berechnet wurden. Ob die Diskontogesellschaft hierzu berechtigt gewesen sei, vermag der Widerrechtlicher nicht zu beurtheilen. Es dünke ja eine diebstahlartige Abmachung getroffen worden sein. Der Angeklagte Plad richtet auch an den Zeugen Otermann eine Menge Fragen, welche zu beantworteten dieser erklärt außer Stande zu sein. Derselbe verweist auf die Geschäftsbücher und die Bilanzen. Der Angeklagte Plad behauptet nun, daß die 4 Millionen Thaler, die von der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft an Straußberg bezahlt worden seien, nicht, wie es hätte sein müssen, in der Bilanz als Einnahme gebucht worden seien. Sowohl der Zeuge Otermann wie der Widerrechtlicher Löpfer erklären, daß eine Verpflichtung, derartige Posten in die Bilanz aufzunehmen, nicht bestehe. — Angell. Plad: Ich muß noch einmal auf die Generalversammlung zurückkommen, die am 20. Juni 1874 stattfand. Gestern hat der Zeuge Miquel gesagt, daß er sich damals in Thale befunden habe und deshalb von den dort getroffenen Abmachungen nichts wisse. Ich will nun beweisen, daß Herr Miquel damals der Generalversammlung beigewohnt hat. — Der Präsident verliest darauf das Protokoll über die fragliche Versammlung, aus dem nicht zu ersehen ist, ob Herr Miquel anwesend war oder nicht. — Der Angeklagte Plad bleibt dabei, daß Herr Miquel mit 400 Stimmen in jener Versammlung vertreten war und daß deshalb sein Einfluß, den er in dem Prozesse Gehilfen geleistet habe, nicht richtig sein könne. Die verschiedenen Versuche, welche auf wiederholtes Ersuchen des Angeklagten angestellt wurden, um selbst zu stellen, ob Dr. Miquel damals in der Generalversammlung zugegen war oder nicht. — Vors.: Selbst angenommen einmal, daß Herr Dr. Miquel damals wirklich zugegen war, so folgt doch daraus noch nicht, daß er Kenntnis gehabt hat von der schmerzlichen Angelegenheit des Rumänischen Darlehens. — Angell.: Ich bitte nur, mir nachzugehen und in meiner Seele zu lesen, um zu erkennen, daß ich von alledem, was in meiner Broschüre steht, selbstverständlich überzeugt bin und es mir nicht einfach aus der Luft gegriffen habe. Gegen mich tritt hier eine ganze Reihe von Zeugen auf, die, wie ich zugeben muß, hochachtbaren Lebensstellungen angehören. Ich habe beinahe gar keinen Entlastungszeugen geladen. — Präsi.: Wir hätten auch gar keinen Zeugen zu laden brauchen, weil Sie die Wahrheit Ihrer Behauptungen bei

zu beweisen haben. — Angell.: Ich will schon durch die Belastungszeugen beweisen, daß ich von der Wahrheit meiner Behauptungen fest überzeugt bin. — Die Vernehmung des Zeugen Otermann über alle einzelnen Transaktionen bei der rumänischen Eisenbahn dauert fast zwei Stunden, ohne daß die Behauptungen des Angeklagten dadurch bekräftigt werden. — Sodann erklärt Erster Staatsanwalt Drechsler: Ich erhalte soeben die Nachricht von der Staatsanwaltschaft in Eisen, daß die verschwundenen Akten des Prozesses Gehilfen mit den Zeugenausfragen — zwei Volumina — in Eisen zum Vorschein gekommen seien. Ich habe sofort Anordnung getroffen, um sie hierher zu bekommen. Zu den Behauptungen des Angeklagten Plad über die rumänischen Eisenbahnen werden noch Justizrath Niehm, Geh. Kommissionsrath Wendelssohn-Bartholdy, Geh. Regierungsrath Dr. Kleinhardt und Rentier Niehe vernommen. Die Aussagen dieser Zeugen, soweit sie sich überhaupt noch auf die 22 Jahre zurückliegenden Daten beziehen können, sind nicht geeignet, die Behauptungen des Angeklagten zu unterstützen. — Es wird dann noch der Drucker der Broschüre „Bharifer und Geuchler“, Buchdruckereibesitzer Göbb in Dresden, über einen Brief vernommen, den der Angeklagte Plad an denselben gerichtet hat und den der Staatsanwalt als charakteristisch für Plad ansieht. In dem Briefe macht Plad Mittheilungen über die Vorbereitungen zu dem Erscheinen der Broschüre, für welche Herr Demald schon überraschend viele Abnehmer habe. Er erwähnt dann, daß er bei den Kommissionsverhandlungen des Reichstages von Alwardt herangerufen worden sei, und demselben in zehn Punkten das nötige Material zur Verfügung gestellt habe. Die Herren Reichsboten würden aber wohl so klug oder so dumm bleiben, wie vorher und es würde nun wohl darauf ankommen, die pikante Sauce zu diesem Ragout zu liefern. Man müsse alles daran setzen, um Herrn Alwardt aus seinem Pflagma herauszubringen und ihn zu energischerem „hanebüchenem“ Auftreten zu veranlassen. Er wünschte bloß, daß die Kommission einen eigigen Punkt des Materials bestritten sollte, dann würde wohl die Zeit zum „Abschlachten“ gekommen sein etc. etc. Da in dem Briefe auch Schweinhagen genannt wird, so giebt derselbe auch einige Erklärungen zu diesem Punkt. Er erwähnt darin, daß ursprünglich Alwardt mit Göbb Verhandlungen über eine von ihm (Schweinhagen) zu verfassende Broschüre angestellt habe. Alwardt habe ihn veranlassen wollen, ihm eine Rede für den Reichstag auszubereiten, worin im allgemeinen eine Geschichte des Gründungs-schwindels gegeben werden sollte. Er habe auch ein Manuskript ausgearbeitet. Es sei wahrscheinlich, daß Alwardt sich alsdann an Plad gewendet habe, damit ihm dieser zur Seite stehen solle. — Zeuge Göbb bekräftigt, daß ursprünglich Schweinhagen die Broschüre verfaßt sollte. Er habe es aber abgelehnt, das von demselben ausgearbeitete Manuskript zu drucken, weil es ihm zu wenig beweiskräftig und zu allgemein gehalten schien. Er wolle nicht leichtfertig, sondern sehr vorsichtig bei Prüfung der Manuskripte vorgehen; das beweise schon die Thatsache, daß er schon etwa 400 Anlagen gehabt habe und bisher nur einmal mit 8 M. bekräftigt worden sei. — Die Sitzung wird hierauf auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Gegen den Opernsänger Roberto Stagno und dessen Privatsekretär Joseph Finager stand heute vor der achten Strafkammer des Landgerichtes I Termin wegen schwerer Urkundenfälschung und verleumdender Beleidigung an. Es handelt sich um Beleidigungen des Direktors Camillo Dürr durch gefälschte Telegramme, die an ein italienisches Blatt aufgegeben waren. Keiner der beiden Angeklagten war erschienen. Stagno hatte dem Gericht angefragt, daß er sich in Rom befinde und der Vorladung keine Folge leisten würde. Der Gerichtshof beschloß, gegen beide Angeklagte einen Haftbefehl zu erlassen.

Prag. (Prozess gegen die Wölder Wrova's.) Der Angeklagte Dolzal erklärte auf Befragen des Präsidenten, daß der Angeklagte Kriz ihn zu der That aufgemuntert habe. Bezüglich der Frau Kriz sagte Dolzal einlaßend an; die in der Voruntersuchung bezüglich der Mitschuld der andern Angeklagten gemachten Aussagen widerrief er, ebenso der Angeklagte Dragoun. Beide bestätigten jedoch hinsichtlich ihrer eigenen Schuld die in der Voruntersuchung gemachten Angaben. Die weitere Verhandlung wurde auf morgen vertagt.

Versammlungen.

Schlaraffen der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 18. März, Abends 8 Uhr, bei Wolsch, Alte Jakobstr. 75. Vortrag des leitenden Mitgliedes Herrn Dr. Gellert. Redner: Lohndiener.

Arbeiterverein „Vereinte Kraft“. Donnerstag, den 18. März, Abends 8-11 Uhr, bei Reimold, Wüste- und Pfefferbäckergasse: Übungskunde. Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule, Wülfelstr. 170a; Unterricht in Deutsch (ant.) O.S. Schule, Marzahnstr. 21; Erste Hilfe bei Unglücksfällen. S. d. B. S. Schule, Reichensbergerstr. 133; Unterricht in Kaufmännischen Rechnen, Korrespondenz und Buchführung (alt).

Bei allen Unterrichtslehren können Schüler und Schülerinnen auch jezt im Laufe des Semesters eintreten.

Frei- u. Diskontoklubs. Donnerstag, Dienstag, Abends 8 Uhr, bei Schöder, Wülfelstr. 20. — 2. und 3. Teil, Abends 8 Uhr, Hohenstr. 40, bei Wölsch. — 4. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 5. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 6. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 7. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 8. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 9. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 10. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 11. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 12. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 13. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 14. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 15. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 16. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 17. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 18. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 19. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 20. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 21. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 22. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 23. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 24. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 25. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 26. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 27. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 28. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 29. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 30. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 31. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 32. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 33. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 34. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 35. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 36. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 37. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 38. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 39. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 40. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 41. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 42. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 43. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 44. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 45. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 46. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 47. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 48. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 49. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 50. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 51. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 52. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 53. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 54. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 55. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 56. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 57. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 58. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 59. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 60. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 61. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 62. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 63. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 64. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 65. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 66. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 67. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 68. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 69. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 70. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 71. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 72. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 73. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 74. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 75. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 76. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 77. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 78. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 79. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 80. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 81. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 82. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 83. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 84. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 85. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 86. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 87. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 88. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 89. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 90. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 91. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 92. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 93. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 94. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 95. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 96. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 97. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 98. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 99. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40. — 100. Teil, bei Wölsch, Hohenstr. 40.

Zwölfklinge, Abends 9 Uhr bei Kaufmann, Reichbergerstr. 73a. — Gesangsverein Glöckchen, gemischter Chor, Abends von 9 bis 11 Uhr bei Knapp, Rastatter-Allee 95-96. — Musik-Talentsverein Dohngarten, Abends 9 Uhr bei Trischmann, Jüdenstr. 65. — Schachklub Tournee, Abends 9 Uhr, bei Ulrich, Krangelstr. 64. — Schachklub Rüdwards, Abends 9 Uhr bei Kende, Wallfadenstr. 47. — Schachklub Gorbischer Knoten Abends 9 Uhr, bei Schilling. — Schachklub Zell, Abends 9 Uhr bei Vogel, Schwedterstr. 23. — Tambour-Verein Einigkeit bei Haupt, Staligerstr. 102. Um 9 Uhr Übungsstunde, nach derselben Sitzung, Aufnahme neuer Mitglieder. — Geselliger Klub Frau-Wellchen, Abends 9 Uhr, bei Schönwälder, Oranienstr. 125. — Verein ebem. 22. Gemeindeführer, punkt 9 Uhr bei Schröder, Staligerstr. 18. — Probenverein Wedding, Abends 9 Uhr, bei Pellerhoff, Antonstr. 5. — Vergnügungs-Verein Renata 9 Uhr, Abends im Restaurant Göde, Oranienstr. 123. — Gesangsverein Proletariat (gem. Chor) Abends 9 Uhr, Übungsstunde b. Böhm, Wöhrstr. 8. —

Geselliger Verein Universum, Sitzung mit Damen Abends 9 Uhr bei Hoerwarth, Zöhringerstr. 81. Vorträge, Fabeln. — Geselliger Verein Universum, Sitzung Abends 9 Uhr, im Restaurant Neumann, Linienstr. 19. Vorträge, Fabeln. — Verein Gemüthlichkeit und Klub Humor, Abends 9 Uhr, Kocherstr. 105. Geselliger Belangenverein mit Damen, Abends 9 Uhr, Kocherstr. 105. — Männergesangsverein Sangesfreunde, Abends 9-11 Uhr, Pagenhofer, Kuchent, Sandbergerstr. 21. — Geselliger Verein „Erich“, Donnerstag, Sitzung bei Koch, Wöhrstr. 21. Abends 9 Uhr. — Verein Wanderklub (Raben), Sitzung jeden Donnerstag von 9 Uhr Abends im Restaurant S. Goeth, Hennigsdorferstr. 24. — Waldesgrün, Abends 9 Uhr Sitzung bei Weidlin, Langestr. 108. — Githersklub Geizhals, 9 Uhr Abends, bei S. Neumann, Alte Schönhauserstr. 42. — Geselliger Klub der Alten Noaditer: Jeden Donnerstag Abends von 9-10 und jeden Donnerstag nach dem 15. Sitzung mit Damen in der Gärtnerei, 47 bei Schirmer. — Geselliger Arbeiterverein Hoffnung bei Stiller, Mariannenstraße 48.

Rachklub Kollegia, Abends 9 Uhr, bei Hermann Koch, Rammstr. 74. — Rachklub Waldegrün, Abends 9 Uhr, Restaurant W. Gasp, Reichbergerstr. 112a. — Rachklub Ohnsorge, Abends 9 Uhr, bei Jacob, Wöhrstr. 21. — Rachklub Rernpist, Abends 9 Uhr, bei H. Kohl, Rüdendorferstr. 8. — Rachklub Wradt, Abends 9 Uhr, d. Restaurateur Schröder, Stephanstr. 45. — Klub D. h. e. r. e. i. t. Abends 9 Uhr Springhubs Restaurant, Kanteuffelstr. 67. — Rachklub S. d. W. e. h. Abends 9 Uhr, Simeonstr. 23 bei Hild. — Rachklub G. r. ü. b. e. r. i. t. l. i. c. h. e. i. t. von 9 bis 11 Uhr bei Stabernad, Wöhrstr. 42. — Rachklub G. l. o. u. e. n. e. j. e. d. e. n. T. o. n. n. e. s. t. a. g. n. a. c. h. d. e. m. 16. i. m. M. o. n. a. t. d. e. l. l. u. d. N. o. r. d. e. r. n. j. e. d. e. n. T. o. n. n. e. s. t. a. g. n. a. c. h. d. e. m. 16. i. m. M. o. n. a. t. d. e. l. l. u. d. G. e. l. n. i. d. e. r. i. c. h. K. a. r. l. s. t. r. a. s. e. 11, F. r. i. e. d. r. i. c. h. s. t. r. a. s. e. 11. — Rachklub G. e. l. n. i. d. e. r. i. c. h. K. a. r. l. s. t. r. a. s. e. 11, F. r. i. e. d. r. i. c. h. s. t. r. a. s. e. 11. — Rachklub P. f. e. i. s. e. n. b. e. d. e. l. e. r. i. c. h. e. i. t. S. i. t. u. n. g. A. b. e. n. d. s. 9. U. h. r. b. e. i. J. e. r. a. t. i. c. h. R. a. n. g. e. r. s. t. r. a. s. e. 24. — V. e. r. w. ä. r. t. s. T. o. n. n. e. s. t. a. g. d. e. l. S. a. l. o. m. e. S. p. i. n. n. e. r. s. t. r. 22. — A. d. g. u. s. t. A. b. e. n. d. s. 9. U. h. r. b. e. i. S. K. a. n. o. r. o. b. M. a. r. t. s. t. r. 25.

Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz.
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar in 10 Raten.
Ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und Elsasser Baumwollwaren.
Bettzeuge, Tischzeuge, Handtücher etc.
Grosses Lager von Herren-, Damen- und Kinderwäsche.
Saubere Arbeit, billige Preise.
Gardinen-Reste für 1, 2 oder mehr Fenster pass., äusserst wohlfeil.
Neuheit in Tischdecken, Bettdecken, Sophadecken etc.
BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 14.

Wichtig für jede Hausfrau!
Müller's Kokosnuss-Butter
garantirt reines Naturprodukt
ist das beste und billigste Backfett.
Tausende von Anerkennungs schreiben liegen vor.
Preis per Pfund 70 Pfg., von 5 Pfund an 65 Pfg.
Nach außerhalb Postsendungen von 4 1/2 kg zu 6,30 M. franko unter Nachnahme, bezw. 6 M. gegen vorherige Einzahlung des Betrages.
Bestellungen für die **Oster-Bäckerei** erbitten wir rechtzeitig.
Rezept gratis!
Mannheimer Kokosnussbutter-Fabrik P. Müller & Söhne
Mannheim, Berlin W., Kronenstraße 56.
Vor Nachahmungen wird gewarnt. 57708*

H. Kalbleder
aus einem Stück mit Goldtasche
Nr. 1,50.
Album- u. Lederwarenfabrik
von **O. Gundau**
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
empfiehlt zu Einsegnungsgeschenken ihr großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen.
Gesangbücher von 1,25 M. an: fern. Cigarrentasch., Wiener Meerschammpfing, Spazierstöcke, Brillen u. Pincenez etc. zu d. billigst. Preisen.

Kinderwagen
Korbwaren, Holzwaren;
Größtes Lager Berlins. Theilzahl. gestattet. Musterb. gratis, empfiehlt
A. W. Schulz, Brunnenstr. 145
(Ecke Rheinsbergerstr.) Hauptgesch.
Brunnenstr. 95 vis-à-vis Humboldtstr.
Teleph. A. III. No. 1767.
Gekauft werden jede Anzahl weißer Mäuse, Langmäuse, Lachtauben, Mehlwürmer, Kaninchen, Meerschweine, Vögel u. Tauben, Fichthörnchen, Ratten, Papageien, Affen b. M. H. e. d. i. m. a. n. n. Berlin O., Madatstr. 2, a. Schles. S.
Roh-Tabak!
Java, sehr preiswerth, à Pfd. 85 Pf., pfundweise, empfiehlt 22188
W. Bergemann, C., Alexanderstr. 28.

Die Waarenbefände
aus der **Gustav Hellborn'schen**
Concursmasse
68 Alexanderstr. 68
Besteh. in **Wäsche, Tisch- u. Bettzeugen, Gardinen, Kleiderstoffen, Morgenröcken, Blousen** u. s. w. werden von heute ab werktäglich v. 9-1 u. 2-6 Uhr zur **Taxe** ausverkauft.

Kinderwagen,
größtes Lager Südostens, hauptsächlich **Räthel'sche** Waare, bestes Fabrikat. Auch Theilzahlung. 57051.
W. Holze, Oranienstr. 3.

Roh-Tabak.
Größtes Lager. Beste Marken. Gesundheit garantirt.
Billigste Preise. Reelle Bedienung. Geöffnet den ganzen Tag.
Um geehrten Besuch bittet
W. Hermann Müller
Neue Friedrichstr. 9.
Ein grosser Posten

Steppdecken
echt Wollatlas (reine Wolle)
Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige **Normal-Schlafdecken**
mit kleinen Maschinenslocken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 x 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preise 9 M.
Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco.
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.
Vollst.waren und Möbel,
solide Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. 56258*
A. Mann, Tapezier und Dekorateur,
Prinzenstr. 74 (n. d. Moritzplatz).

Louis Schulze
General-Vertrieb der Brikets aus den **Anhaltischen Kohlenwerken (Mariengrube) in Senftenberg N.-L.**
Hauptcomptoir: **Fruchtstr. 16, Tel. Amt VII. 134.**
von Mitte März ab: **Friedrichstr. 83, I,** drittes Haus von **Café Bauer,**
Ich erlaube mir, dem geehrten Publikum hierdurch höflich in Erinnerung zu bringen, daß die **allein echten,** aus der Fabrik der **Anhaltischen Kohlenwerke (Mariengrube) in Senftenberg** stammenden **Hammer-Marie-Brikets** jetzt nur den mit der vollen Firma versehenen Stempel tragen: [420/9]

Anhaltische Kohlenwerke
MARIE
Mariengrube.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Beuthstr. 2, Berlin SW.
Eobden ist erschienen:
Wider Gottes- und Bibelglauben.
Zwei Schriften von **Dr. A. Douai.**
I. **ABC des Wissens** für die Denkenden. II. **Eine Antwort** an die Bekenner des Theismus.
Preis: 30 Pfg. Porto 5 Pfg. **Wiederverkäufern Rabatt.**
Vom Standpunkt der naturwissenschaftlichen Erfahrungen aus legt der Verfasser in dieser Schrift in einzelnen Kapiteln (Gott, Unsterblichkeit, die menschliche Willensfreiheit) die Unhaltbarkeit der „Beweise“ dar, die von den Vertretern des Gottes- und Bibelglaubens für das Dasein eines persönlichen Gottes und den göttlichen Willensakt der Welterschöpfung angeführt werden.
Zweite Auflage
von **Antisemitismus und Sozialdemokratie.**
Von **A. Bebel.**
Preis: 20 Pfg. Porto 3 Pfg. **Wiederverkäufern Rabatt.**
Um den Bestellern die Nachnahmegebühren zu ersparen, bitten wir bei kleineren Bestellungen den Betrag der Bestellung gleich beizufügen, bei größeren per Postanweisung vorher einzusenden. 444/1

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2 (vom 1. April ab), empf. f. f. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 M. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 M. an. Reparaturen billigt. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Rammgarn-Garderoben.

Billigste Bezugsquelle!
Wecker-Uhren, bestes Fabrikat, 2,40, 3 und 4 Mark.
Wanduhren mit Schlagwerk 3,50, 4 und 5 Mark.
Reparaturen unter Garantie gut und billig.
H. Schneider, Uhrmacher und Optiker,
Brunnenstraße 40.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tabelloser Grand, in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bodfoorn) wieder vorrätig.

Licht. Dirigent a. Geige f. Dienstag f. Männer-Gesangsverein. Zu melden bei Krause, Bauferstr. 12. 2327b
Hiermit bringe den Parteigenossen meine **Engros-Krausbindererei** und **frische Blumen** in gef. Erinnerung. — Billige Preise. 2309b
H. Rimp, Friedenstr. 63.

Damen-Masken-Garderobe
von **M. Roussel,**
43. Skalitzerstr. 43
Kleideresp., Wäschesp., Schlafsopha, andere Möbel gut erhalten Oranienstraße 183, Wigewirch. 2390b
Verkaufe meine Möbel, Haus- und Küchengeräthe. Z. Gd. Pehlmer, Duffenstr. 6, Hof 2 Tr. I. 2329b
Die Möbelstücke sind Umzugs halber billig zu verkaufen bei Keller, Moabit, Spenerstr. 16, 3. Etage. 2321b
2 Schließspinden für Schuhmacher mit etwas Waare zu vert. Mariendorferstr. 12. 2020b
2 Zimmer z. verm. Admiralstr. 6, v. Keller. 2328b
2 Schuhmacher auf Schlafstelle bei Krüger, Mariendorferstr. 12. 2319b
Kleiderispind, Vertikow, Muschelbett, stellen, Spiegel billig Tischlerei, Oranienstr. 153, III. billige Miethe, per 1. April, Wolgasterstr. 3/4. 2150b*

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Schleuniger Ausverkauf
der **Restbestände** aus der **J. Adler Söhne'schen**
Konkursmasse,
als **Teppiche, Portièren, Gardinen, Stepp- und Tischdecken, Läuferstoffe,** ferner **1000 Sopha-Stoffreste** der haltbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den **Taxpreisen** fortgegeben gegenüber dem **Spandauerstr. 30,** Rathhaus.

Louis Naumann,
Leipzig, Friedrich-Auguststr. 16.
Commissions-Buchhandlung
empfiehlt sich **Wiederverkäufern** zur Lieferung deutscher Bücher, Zeitschriften, Musikalien etc. Bestellungen werden zu Verlegerrabatt gegen ganz geringe Provisionsberechnung schnell ausgeführt. Probebest. Katalog gratis. 54388*
Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Linienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntag 8-10 Uhr.
Bereinszimmer mit Klavier ist an Vereine noch einige Tage in der Woche zu vergeben im **H. Prälaten, H. Wagner,** 2303b Liebenwalderstr. 43.
Altes Schützenhaus, Linienstr. 5, empfiehlt seine Säte.
Sonntags der 7. und 28. April sind frei geworden. 2120b

Arbeitsmarkt.
Plätterinnen auf Manschetten und Chemisettes finden angenehme und dauernde Anstellung. 2331b
Felix Karpe, Blumenstr. 70.
Schlosserlehrling verlangt Staligerstraße 7. 689M